



Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Wahlprüfsteine

Landtagswahl Hessen 2018





Wahlprüfsteine

der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

für die Landtagswahlen in Hessen (28. Oktober 2018)

Hinweis: Die AfD hat im Vorfeld ebenfalls die Wahlprüfsteine der SRzG bekommen, jedoch nicht beantwortet.

Inhalt

1. Generationengerechte Gesetze	2
2. Demokratie – Wahlrecht für ältere Kinder und Jugendliche.....	6
3. Partizipation – jungen Menschen mehr Stimme(n) geben	8
4. Umwelt- und Klimapolitik – Intakte Umwelt für nachfolgende Generationen	13
5. Finanzpolitik – Investitionen in die Zukunft	19
6. Rentenpolitik – Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung	23
7. Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft	25
8. Arbeitsmarkt – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen?	32
9. Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft	37



1. Generationengerechte Gesetze

Die heutige Demokratie ist gegenwartsfixiert. Zu häufig verliert die Politik – sei es auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene – die Interessen der jungen und zukünftigen Generationen aus den Augen.

Frage 1: Was will Ihre Partei konkret ändern, um dafür zu sorgen, dass Politik und Gesetzgebung im Hessischen Landtag auch an übermorgen denken?

Antworten:

CDU: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten.

FDP: Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat bei politischen Entscheidungen im Landtag stets die nahe und auch die entferntere Zukunft im Blick. Wir wissen, dass die Entscheidungen, die heute getroffen werden, morgen das Leben unsere Kinder und Kindeskinde beeinflussen. Deswegen setzen wir Freie Demokraten uns für eine verantwortungs- und zukunftsbewusste Politik ein, indem wir beispielsweise eine vernünftige und zukunftsorientierte Klimapolitik betreiben, uns für eine qualitativ hochwertige Betreuung von Kindergartenkindern einsetzen sowie dem Lehrermangel an Schulen entgegenwirken wollen, damit Kinder und Jugendliche bestmöglich ausgebildet werden.

Die Grünen: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten.

Die Linke: Wir brauchen eine nachhaltige Politik, die nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen arbeitet, sondern ressourcenschonend. Die Schuldenbremse wird ja oft als Garant hierfür ausgegeben. Dass durch die Sparsamkeit zum Beispiel die Infrastruktur aber derart verrottet (Schulen, Brücken, etc.), dass die nachfolgenden Generationen weit mehr Aufwendungen aufbringen müssen als sie heute zur Instandhaltung aufgebracht werden müssen, wird hierbei außer Acht gelassen. Jedes politische Handeln muss auf langfristige Auswirkungen geprüft werden. Leider wurde dies in den letzten Jahrzehnten versäumt. Nicht zuletzt weil man den Raubbau durch große Konzerne, die auf schnellen und möglichst großen Profit ausgelegt sind, nicht reguliert. DIE LINKE streitet für einen ökologischen Wandel und gerechte Übergänge in eine solidarische Wirtschaft, die innerhalb der Belastungsgrenzen unserer Umwelt der sozialen Entwicklung aller und einer gerechten Gesellschaft dient. Damit dieser Wandel von den Menschen getragen und gestaltet werden kann, wollen wir Demokratie ausweiten und die Voraussetzung dafür schaffen, dass Beteiligung und politisches Engagement für alle gleichermaßen möglich wird. Um die Wirtschafts- und Finanzpolitik an sozialen und ökologischen Zielen auszurichten, fordern



wir, dass Entscheidungen über Schlüsselbereiche der Wirtschaft demokratisch getroffen werden.

SPD: Die zentralen Gestaltungsaufgaben der Zukunft, die Energiewende, die Umbrüche in der Industrie und die Modernisierung des Verkehrsbereichs verlangen nach Weitsicht, den wir mit dem Hessenplan+ angehen wollen. Wir setzen auf gute Bildung, auf die Förderung von Innovation, den Zusammenhalt in der Gesellschaft, auf Sicherheit und die Modernisierung unserer Infrastruktur. Das alles ist nur zu erreichen, wenn man über die anstehende Legislaturperiode hinaus plant und handelt, nicht nur in Bezug auf die Gesetzgebung. Wir werden in den kommenden fünf Jahren in Regierungsverantwortung Schwerpunkte setzen, haben aber auch die Zeit darüber hinaus im Blick und werden die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt Schritt für Schritt angehen.

Frage 2: Wie wollen Sie sicherstellen, dass politische Maßnahmen auf ihre Konsequenzen für junge und kommende Generationen geprüft werden?

Antworten:

CDU: Die CDU Hessen hat sich eine generationengerechte Politik zum Ziel gesetzt, durch die künftige Generationen gestärkt und nicht über Gebühr belastet werden sollen. Wir fühlen uns der Schuldenbremse verpflichtet und sind der festen Überzeugung, dass unsere Kinder und Enkel die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten haben müssen, wie sie heute selbstverständlich in Anspruch genommen werden.

Es ist die Aufgabe einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik so zu wirtschaften, dass das Vermögen des Landes gewahrt wird und keine neuen Lasten in die Zukunft verschoben werden. Öffentliche Haushalte haben über Jahrzehnte hohe Schulden angehäuft. Diese negative Entwicklung haben wir gestoppt. Das Land Hessen hat die finanzielle Trendwende geschafft und 2018 den ersten Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Schon seit 2016 sind wir im Haushaltsvollzug ohne Nettoneuverschuldung ausgekommen und waren sogar in der Lage, Altschulden in Höhe von 200 Millionen Euro pro Jahr zu tilgen. Das ist uns aber nicht genug. Wir werden künftig verstärkt Altschulden zurückzahlen und dies in einem konkreten Tilgungsplan festschreiben. Unser Ziel ist ein dauerhaft schuldenfreies Hessen. Das erhöht nicht nur den politischen Gestaltungsspielraum, sondern ist auch eine Frage von verantwortungsbewusster und nachhaltiger Politik im Sinne künftiger Generationen.

Um diese Erfolge zu erzielen, waren auch teilweise unbequeme Maßnahmen erforderlich. Letztlich haben sich diese Entscheidungen aber gelohnt, denn weniger Schulden bedeuten auch weniger Zinszahlungen. Ein Gemeinwesen, das den Großteil seiner finanziellen Ressourcen zur Tilgung von Schulden und Zinsen aus der Vergangenheit leistet, hat keine Möglichkeiten mehr, in die Zukunft und damit in die Bewältigung anstehender großer



Herausforderungen zu investieren. Staatsverschuldung ist unsozial, weil sie das Wirtschaftswachstum bremst und die staatlichen Ausgabemöglichkeiten für soziale Leistungen senkt. Die Politik verliert ihren Gestaltungsspielraum und wird zum Spielball der Finanzmärkte. Nicht zuletzt aus Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ist eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unsere Pflicht. Wir wollen ein Land, das die Zukunft seiner Kinder sichert und das nicht auf ihre Kosten lebt. Wir wollen ein Land, in dem der Staat finanziell in der Lage ist, den sozial Schwächeren zu helfen. Deshalb muss der Schuldenstand jetzt entschlossen zurückgeführt werden. Eine Politik, die dem Grundsatz der konsequenten Entschuldung folgt, sorgt für Geldwertstabilität und stärkt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft von Bürgern und Unternehmern in den Wirtschaftsstandort. Denn Schulden von heute sind Steuern von morgen.

Als CDU Hessen fühlen wir uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit auch und gerade in Schule und Ausbildung verpflichtet. Eine gute Bildungspolitik von der frühkindlichen Bildung über Schule und Berufsausbildung bis hin zur Hochschulbildung und akademischen Forschung ist die beste Nachhaltigkeitsstrategie für unser Land. Gut ausgebildete Menschen sind die beste Gewähr für Wohlstand und eine erfolgreiche Zukunft. Leitmotiv hierfür ist das Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BnE)“. Dieses Konzept befähigt Menschen dazu, die Wirkungen ihres eigenen Handelns auf zukünftige Generationen zu verstehen und in einer komplexen Welt verantwortungsvoll zu handeln. Über das Wissen zu ökologischen, ökonomischen und sozialen Inhalten hinaus steht vor allem die Vermittlung von Werten und Kompetenzen, die uns befähigen, die Welt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten.

Bildungsleitlinien für nachhaltige Entwicklung sind u.a. die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, sozial- und umweltverträgliche Formen des Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens und Bildungsangebote, die Teilnahme an demokratischen Entscheidungsprozessen und die Möglichkeit zur eigenen Lebensgestaltung für alle Menschen.

Eine weitere zentrale Komponente der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Hessen ist die nachhaltige Entwicklung des Wissenschaftssystems. Bildung und Lehre, Forschung und Entwicklung sowie Weiterbildung sind wesentliche Faktoren für Innovation und gesellschaftliche Entwicklung, sie bedeuten aber auch Zukunftssicherung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Hessen verfolgt schon heute eine nachhaltige Anlagestrategie, die neben einer angemessenen Rendite auch soziale und ökologische Aspekte beachtet. Auf Initiative der CDU-geführten Landesregierung wurde beispielsweise kürzlich das sogenannte „Versorgungssicherungsgesetz“ (vergleichbar mit einem Pensionsfonds) beschlossen. Mit diesem Gesetz bekennt sich Hessen zur verstärkten Vorsorge für künftige Generationen. Im Gesetzentwurf hat sich Hessen dabei einer nachhaltigen Kapitalanlage verpflichtet. Dabei sind ökologische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte, Aspekte der ordentlichen Unternehmensführung sowie die in der Initiative „Global Compact“ der Vereinten Nationen genannten Prinzipien zu berücksichtigen.



FDP: Politische Initiativen gehen immer von Parteien bzw. Fraktionen aus, sodass wir nur unsere eigenen steuern können. Wir als FDP prüfen auch solche politischen Maßnahmen Anderer auf Konsequenzen für junge und kommende Generationen. Am Ergebnis dieser Prüfung richten wir unsere Entscheidung aus. Darüber hinaus wird in Gesetzesvorblättern erörtert, welche finanziellen Auswirkungen entstehen – mithin wird immer überprüft, ob und wenn ja mit welchen finanziellen Belastungen für die Zukunft zu rechnen ist.

Die Grünen: Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Stimmen der jüngeren Bevölkerung noch besser in den politischen Prozess einzubinden: Wir setzten uns z.B. dafür ein, das passive Wahlalter auf 18 Jahre im Rahmen der Verfassungsreform abzusenken. Somit können Menschen bereits mit 18 Jahren ins Landtagsparlament gewählt werden. Dieser Vorschlag wird im Rahmen der Volksabstimmung zur Verfassungsreform am 28. Oktober abgestimmt. Darüber hinaus ist es unser Ziel, das aktive Wahlalter auf 16 Jahre abzusenken, damit auch Jugendliche sich beim politischen Willensbildungsprozess beteiligen können.

Um die Belange junger Menschen in Hessen besser zu vertreten, wollen wir zwei neue Instrumente einführen: Zum einen den Jugendcheck, der die Auswirkung von Gesetzen auf junge Menschen prüft, wie er gerade auch auf Bundesebene getestet wird, zum anderen ein Jugendmonitoring. Demokratie muss junge Menschen erreichen, deshalb setzen wir uns für Online-Beteiligungsformate, die sich gezielt an Jugendliche richten, ein und wollen die Weichen für flächendeckende kommunale Jugendparlamente stellen.

Der GRÜNE Leitgedanke, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben, spiegelt sich auch in den Strukturen unserer Partei wieder. So ist es bei uns GRÜNEN bereits lange Tradition, dass auch Vertreter*innen der GRÜNEN JUGEND ermuntert werden, sich als Landtagskandidat*innen aufstellen zu lassen. Derzeit sind drei aussichtsreiche Listenplätze mit Kandidat*innen unter 30 Jahren besetzt. So stellen wir sicher, dass auch die Stimmen derjenigen, die morgen und übermorgen mit den langfristigen Konsequenzen der Politik leben müssen, gehört werden uns sich einbringen können.

Die Linke: Gesetze werden schon heute auf ihre Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen oder die Chancengleichheit von Frauen und Männern geprüft. Es ließe sich überlegen, zu jedem Gesetz auch dessen Auswirkungen auf zukünftige Generationen zu prüfen.

SPD: Alle politische Maßnahme müssen auf Nachhaltigkeit überprüft werden. Das gilt insbesondere für die Frage von Investitionen in die Zukunft, von vernünftiger Finanzpolitik, von ressourcenschonender Umweltpolitik. Wir wollen eine ökologische und nachhaltige Politik, die sozial und gerecht ist, aber dennoch ökonomische Aspekte nicht aus den Augen verliert.



2. Demokratie – Wahlrecht für ältere Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche werden überdurchschnittlich stark von den Ergebnissen heutiger Politik betroffen sein. Der Wunsch von vielen älteren Kindern und Jugendlichen, das Wahlrecht zu erhalten und somit voll politisch partizipieren zu können, ist daher absolut nachvollziehbar. In Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ist es Jugendlichen ab 16 Jahren zumindest auf Landesebene möglich, ihre Stimme abzugeben.

Frage 1: Planen Sie, das Wahlalter bei bayerischen Landtagswahlen herabzusetzen und weshalb bzw. weshalb nicht?

Antworten:

CDU: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten

FDP: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten

Die Grünen: Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass aktive Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, damit auch Jugendliche ihr Stimmrecht ausüben können. Unserer Ansicht nach sind Jugendliche in diesem Alter reif genug, selbstbestimmt zu wählen und zwischen den verschiedenen Parteien und deren Programmatik zu unterscheiden, zumal in diesem Alter auch Politik in der Schule unterrichtet wird.

Die Linke: Ja, DIE LINKE will das Wahlalter herabsetzen. Wir fordern ein aktives und passives Wahlrecht ab 16 Jahren. DIE LINKE will das Wahlalter senken, da auch schon Jugendliche an diesem Aspekt der Demokratie teilhaben sollten. Junge Menschen sind von politischen Maßnahmen am längsten betroffen und haben so ein großes eigenes Interesse an der Zusammensetzung der Parlamente. Zudem würde dies eine bessere Ausrichtung der Landespolitik auf die jüngeren Generationen bewirken – schließlich gilt es dann auch hier Wählerinnen und Wähler zu überzeugen.

SPD: Wir stehen für die Einführung des aktiven Wahlalters von 16 Jahren für alle Wahlen, um Jugendliche möglichst frühzeitig aktiv zu beteiligen und ihr politisches Interesse zu fördern. Das stärkt unsere Demokratie insgesamt. Eine Herabsetzung des Wahlalters bei Landtagswahlen ist allerdings nur durch eine Änderung der Hessischen Verfassung zu erreichen. Bei den jetzt anstehenden Abstimmungen zur Änderung der Verfassung, die gemeinsam mit der Landtagswahl stattfinden, war im Rahmen der Vorgespräche mit den anderen Fraktionen zu diesem Punkt keine Einigkeit zu erzielen. Deswegen ist eine Änderung des aktiven Wahlrechts innerhalb der nächsten 5 Jahre auch nicht realistisch.



Frage 2: Wie stehen Sie zu einem Wahlrecht ohne Altersgrenze?

Antworten:

CDU: Unsere gesamte Rechtsordnung, zum Beispiel das Bürgerliche Gesetzbuch und das Strafrecht, überträgt jungen Menschen aus gutem Grunde mit 18 Jahren die volle Verantwortung für ihr Handeln und alle Rechte und Pflichten eines Erwachsenen. Wir als CDU Hessen sind der Auffassung, dass die vollen Bürgerrechte und -pflichten einheitlich und in zeitlichem Gleichschritt erfolgen sollten. Daher setzen wir uns auch dafür ein, dass das passive Wahlalter für die Wahlen zum Hessischen Landtag durch eine Volksabstimmung am 28. Oktober auf 18 Jahre gesenkt wird. Eine weitere Absenkung des aktiven oder passiven Wahlalters lehnen wir ab.

FDP: Wir Freie Demokraten sprechen uns generell für ein Wahlrecht ab 18 Jahren aus. Uns ist bewusst, dass die politische Willensbekundung elementar in unserer Demokratie ist. Das Alter von 18 Jahren ist willkürlich gewählt – ebenso könnte jedes andere beliebige Alter als Grenze herangezogen werden. Die Tatsache, dass mit Vollendung des 18. Lebensjahres der Eintritt in das Erwachsenenalter erfolgt und damit ganz allgemein die Rechte und Pflichten eines erwachsenen Bürgers entstehen, rechtfertigt die Festsetzung des aktiven Wahlrechts auf 18 Jahre. Neben dem aktiven Wahlrecht fordern wir ebenso ein passives Wahlrecht ab 18 Jahren, welches in Hessen momentan nicht existiert. Wir glauben, dass Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren bereits die geistige Reife besitzen, Abgeordnete(r) im Hessischen Landtag zu sein und setzen uns daher für eine Veränderung der Altersgrenze des passiven Wahlrechts ein.

Die Grünen: Wir GRÜNE sind skeptisch, ob ein Wahlrecht ohne Altersgrenze zielführend ist. Ziel ist, die Interessen der jüngeren Bevölkerung auch im politischen Prozess und dem Parlament besser abzubilden. Ein Wahlrecht ohne Altersgrenze birgt jedoch die Gefahr, dass z.B. Eltern für ihr noch nicht des Lesens und Schreibens mächtigen Kindes wählen und eben nicht selbstbestimmt gewählt wird, sondern es zu einer stellvertretenden Wahl käme. Es ist für uns elementar, dass die Wählenden auch ein Grundverständnis politischer Abläufe und Inhalte haben. Daher setzen wir uns auch für eine Stärkung der politischen Bildung in der Schule ein.

Die Linke: DIE LINKE fordert derzeit nicht das Wahlrecht ohne Altersgrenze. Aber es wurde innerparteilich schon häufiger diskutiert. DIE LINKE sieht, dass auch junge Menschen Interessen haben und diese im demokratischen Willensbildungsprozess einbringen wollen. Deshalb fordert DIE LINKE mehr Mitbestimmung im Alltag. Für Kinder und Jugendliche heißt das zum Beispiel die Demokratisierung von KiTa und Schule. Dort sollten sie Mitbestimmung üben und sich einbringen können.



SPD: Dazu gibt es innerhalb der SPD keine abgestimmte Position, es gibt sowohl befürwortende als auch ablehnende Stimmen. Bei einem Wahlrecht von Geburt an müsste festgelegt werden, bis zu welchem Alter die Eltern das Stimmrecht ausüben, denn solange das Kind nicht lesen und schreiben kann, kann es das Wahlrecht nicht ausüben. Inwieweit hier eine angemessene und verfassungsrechtlich tragfähige Lösung gefunden wird, bleibt abzuwarten.

3. Partizipation – jungen Menschen mehr Stimme(n) geben

Die Interessen, Bedürfnisse und Sorgen von jungen und zukünftigen Generationen finden in den Parteien und Parlamenten wenig Gehör. Dies liegt auch daran, dass den jungen Menschen bei Wahlen, in Parteien und Parlamenten häufig eine zahlen- und positionsmäßige Übermacht der Älteren gegenübersteht.

Frage 1: Wie werden Sie sich dafür stark machen, um jungen Menschen mehr Teilhabe an Politik und in Parteien zu ermöglichen?

Antworten:

CDU: Das Land Hessen hat die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen bereits ausdrücklich in der Hessischen Gemeindeordnung (§§ 4c, 8c HGO) und der Hessischen Landkreisordnung (§§ 4c, 8a HKO) festgeschrieben. Die Form der Beteiligung bleibt den Gemeinden dabei weitgehend freigestellt. Gesetzlich zulässig sind institutionalisierende Beteiligungsformen wie z.B. Kinder- und Jugendparlamente oder -beiräte sowie Anhörungs-, Vorschlags- und Redemöglichkeiten in der Gemeindevertretung, aber auch projektbezogene Beteiligungsmodelle wie z.B. die Gestaltung eines Spielgeländes, Stadtteilerkundungen, Kinderkulturprojekte oder Zukunftswerkstätten.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ihren Kommunen ist deshalb sinnvoll, weil Kinder und Jugendliche die Auswirkungen ihres Engagements sehen, nachvollziehen und sich damit zu identifizieren lernen. Ferner sollen Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten in eigener Sache ernst genommen werden und der Politik wertvolle Anregungen geben können. Den Städten und Gemeinden kommt eine wichtige Bedeutung bei der Auswahl der geeigneten Formen der Beteiligung zu, denn sie sind das unmittelbare Lebensumfeld der Kinder und Jugendlichen.



Um die Rechte von Kindern in der Gesellschaft zu verdeutlichen und zu stärken, setzen wir uns als CDU Hessen dafür ein, Kinderrechte in der Hessischen Verfassung zu verankern. Die dazu stattfindende Volksabstimmung am 28. Oktober unterstützen wir ausdrücklich.

Durch die neue Regelung würde bekräftigt, dass Land, Städte und Gemeinden verpflichtet sind, Kinder vor seelischer, geistiger und körperlicher Vernachlässigung, vor Misshandlung, Missbrauch, Gefährdungen und Gewalt zu schützen und sie in ihrer Entwicklung zu fördern. Durch die Regelung soll zudem das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass Kinder eigene Grundrechte haben, die zu beachten sind. In Anlehnung an die UN-Kinderrechtskonvention würde der Staat verpflichtet, das Kindeswohl bei allen Kinder betreffenden Maßnahmen als einen wesentlichen Gesichtspunkt in die Entscheidungs- und Abwägungsprozesse einzubeziehen. Außerdem müssten Kinder entweder unmittelbar oder durch eine Vertretung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten gehört werden. Der Wille des Kindes müsste angemessen und seinem Alter und seiner Reife entsprechend berücksichtigt werden. Es würde das Recht und die Pflicht der Eltern bleiben, im Rahmen der Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsbezogenen Persönlichkeit für das Wohlergehen ihres Kindes Sorge zu tragen.

FDP: Die FDP in Hessen spricht sich zum einen für eine Absenkung des passiven Wahlalters auf 18 Jahre aus. Damit können junge Menschen aktiv an der Landespolitik teilnehmen. Darüber hinaus müssen für interessierte Jugendliche verstärkt Praktikumsmöglichkeiten bei Ministerien, dem Landtag sowie Parteien und Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, damit diese das Politikgeschehen aus erster Hand kennenlernen können. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen gestärkt werden – so befürworten wir einen intensiven Austausch mit Jugendorganisationen, um den Jugendlichen einen Zugang zum Politikgeschehen zu ermöglichen. Politik muss überdies erklärbar sein, damit Kinder und Jugendliche verstehen können, welche Auswirkungen politische Entscheidungen haben können.

Die Grünen: Siehe Antwort auf Frage 1.1, 1.2, 2.1 und 2.2. Grundsätzlich wollen wir, dass Kinder und Jugendliche in Hessen mitbestimmen können, denn häufig betreffen die Konsequenzen politischer Maßnahmen in besonderem Maße junge Menschen. Deshalb wollen wir die Weichen für Online-Beteiligungsformate, die sich gezielt an Jugendliche richten, und für flächendeckende kommunale Jugendparlamente stellen.

Die Linke: Antwort auf Fragen 1, 2 und 3 zusammen, siehe unten

SPD: Unsere Nachwuchsorganisation – die Jusos – wächst seit Jahren gegen den Trend. Damit steigt auch der Anteil jüngere Menschen in der Partei. Wir wünschen uns verstärkte Mitarbeit von jungen Menschen bei uns, insbesondere von jungen Frauen, die relativ gering vertreten sind. Dazu ist es notwendig, die Zukunftsthemen wie gute Bildung, gute Arbeit,



nachhaltige Umweltpolitik stärker herauszustellen, was wir mit unserem Programm für die nächste Legislaturperiode tun. Wie wir attraktiver für jüngere Zielgruppen werden, ist auch Gegenstand der Arbeitsgruppe zur Parteierneuerung. Die Partei muss sich vor allem organisatorisch auf die Lebenslagen jüngerer Menschen einstellen. Da gibt es Vorschläge wie digitale Ortsvereine oder einen weniger strengen Umgang mit dem Wohnortprinzip, um Menschen nach Umzügen die Mitarbeit zu erleichtern. Diskutiert wird auch, die Zugänge in die Partei über themen- oder projektbezogene Mitarbeit zu flexibilisieren oder die Partei insgesamt stärker für Sympathisanten und Unterstützer zu öffnen, ohne das traditionelle Mitgliedsrecht zu entwerten. Und schließlich wird darüber nachgedacht, wie jungen Menschen der Weg in die politische Verantwortung erleichtert werden kann. Dazu gehören beispielsweise Amtszeitbegrenzungen für Parteigremien und Mandate oder Jugendquoten. Die Diskussionen sind nicht abschließend geführt.

Frage 2: Was sagen Sie zu dem Vorschlag, Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten einzuführen?

Antworten:

CDU: Für uns als CDU Hessen hat die Nachwuchsförderung und Fortbildung junger Menschen oberste Priorität. Wir bieten regelmäßig sehr erfolgreich ein Nachwuchsförderprogramm an und unterstützen junge Menschen bei Kandidaturen für Volksvertretungen der verschiedenen Ebenen. Dabei geht es uns darum, Jugendliche für ein Engagement in der Politik zu begeistern, beziehungsweise ihnen eine Perspektive in der Politik zu eröffnen. Wir wollen aber natürlich auch jungen Mitgliedern die Möglichkeit geben, ihre Kompetenz in jeder Hinsicht zu entwickeln. Die Förderung begabter und leistungsbereiter junger Menschen verstehen wir als CDU Hessen als eine Investition in die Zukunft unseres Landes. Am Ende ist es wichtig, dass junge Volksvertreter auch tatsächlich die Stimme für nachkommende Generationen erheben – das erreicht man aber nicht mit einer Quote.

FDP: Die FDP in Hessen lehnt Nachwuchsquoten (wie übrigens Quoten generell) in Parteien und Parlamenten ab. Wir sprechen uns dafür aus, dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger Abgeordnete werden, die demokratisch legitimiert sind, d.h. die in unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen durch das Volk gewählt wurden. Einzige Beschränkung sollte dafür das passive Wahlrecht sein.

Die Grünen: Verbindliche Quoten in Parlamenten sind mit unserem Wahlrecht nicht vereinbar, weil die Abgeordneten frei und zum Teil direkt gewählt werden. Wir praktizieren



in unserer GRÜNEN Partei jedoch bereits sehr erfolgreich die Frauenquote, sodass jeder 2. Listenplatz garantiert weiblich besetzt ist. Auch die GRÜNE JUGEND hat mit hoher Wahrscheinlichkeit aussichtsreiche Listenplätze. Bei einer Nachwuchsquote müsste geprüft werden, welcher Altersumfang dies umfasst. Auch wäre zu überlegen, wie mit weiteren Merkmalen neben Geschlecht und Alter verfahren werden soll.

Die Linke: Antwort auf Fragen 1, 2 und 3 zusammen, siehe unten

SPD: Wir haben den Anspruch, die Vielfalt der Gesellschaft in unseren Gremien und auf unseren Listen abzubilden. Zur Wahl von Gremien und Listen hat die SPD beispielsweise verbindliche Regeln zur Geschlechterparität. Ob daneben verbindliche Jugendquoten der richtige Weg sind, wird kontrovers diskutiert. Nach allen Quoten muss den Mitgliedern bei der Wahl von Funktionsträgern noch ein politischer Entscheidungsspielraum verbleiben. Eine Jugendquote für Parlamente verstößt gegen die verfassungsrechtlich garantierte freie Wahl. Wir alle können aber einen Beitrag zur Verjüngung von Parlamenten leisten, sei es bei der Aufstellung der Listen oder beim eigentlichen Wahlvorgang.

Frage 3: Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, das Interesse junger Menschen an der Politik zu wecken und zu fördern?

Antworten:

CDU: Als große Volkspartei bietet die CDU Hessen gemeinsam mit ihrer Nachwuchsorganisation der Jungen Union Hessen flächendeckend im ganzen Land Möglichkeiten, Ansprechpartner und Kontakte für junge Menschen, um Interesse und Engagement für Politik zu wecken und zu fördern. Darüber hinaus eröffnen Partei und Landtagsfraktion jungen Menschen über Praktika während Schule, Ausbildung oder Studiums interessante Einblicke in die hessische Landespolitik. Einmal im Jahr bieten wir Mädchen und Jungen am Girls' und Boys' Day ein spannendes Programm und interessante Gespräche mit Politikerinnen und Politikern der CDU-Fraktion und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der Girls' Day, der auf Initiative der CDU-geführten Landesregierung im Jahr 2002 erstmals in Hessen stattgefunden hat, gewährt Einblicke in die klassische Politik und stellt den Kindern auch die damit zusammenhängenden Berufsbilder vor. Es ist uns als CDU ein besonderes Anliegen, das vielfältige Spektrum an Berufen im politischen Alltagsgeschäft zu zeigen. Neben den Gesprächen mit unseren Abgeordneten gibt es für die Jungen und Mädchen Einblicke in die Arbeit der Landtags-IT, des Fahrdienstes sowie der inhaltlichen



Zuarbeit in der Fraktionsgeschäftsstelle. Auf diese Weise ermöglichen wir den Schülerinnen und Schülern einen breit gefächerten Eindruck von der Arbeit hinter den Kulissen der Landespolitik und erhoffen uns, dass wir sie dadurch auch für die politische Arbeit begeistern können.

Darüber hinaus versuchen wir durch Schulbesuche und Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern das Interesse für ein Engagement in demokratischen Parteien zu wecken.

FDP: Politik muss erklärbar sein und das Bewusstsein in Jugendlichen hervorrufen, dass Politik ihre eigene Zukunft mitbestimmen kann. Wir setzen uns daher -wie bereits erwähnt- für die verstärkte Teilhabe von Jugendlichen an dem Politikgeschehen ein (siehe dazu auch die Antwort zur Frage 3.1). In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Jugendorganisationen der Parteien, die für junge Menschen eine Möglichkeit bieten, mit Politik in Berührung zu kommen.

Die Grünen: Wir GRÜNE bemühen uns um einen aktiven Austausch mit jungen Menschen, z.B. in Schulen und um eine gute Beteiligung junger Menschen, z.B. durch die Jugendorganisation der GRÜNEN JUGEND. Gleichzeitig wollen wir unsere Inhalte möglichst so vermitteln, dass sie auch junge Menschen erreichen. Daher sind wir in den sozialen Netzwerken gut vertreten.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der politischen Bildung innerhalb wie außerhalb der schulischen Bildung ein. Das streben wir nicht nur im Unterricht, sondern auch durch praktische Erfahrung von demokratischer Mitbestimmung in Schulen an. Wir unterstreichen die Bedeutung der Schülervertretung auf Ebene der einzelnen Klasse, der Schule sowie auf Kreis- und Landesebene. Ihre Arbeit werden wir weiter inhaltlich und finanziell unterstützen.

Die Linke: Junge Menschen für Politik zu begeistern ist für DIE LINKE ein sehr wichtiges Thema. Nicht nur innerhalb der LINKEN selbst, auch innerhalb der gesamten Gesellschaft ist es wichtig, dass junge Menschen sich engagieren. Politisches und gesellschaftliches Engagement ist keine Selbstverständlichkeit und wird durch nicht vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten verhindert. Deshalb findet DIE LINKE es wichtig, dass junge Menschen von Beginn an lernen sich zu engagieren und politisch zu partizipieren. Dies heißt, es ist für mehr Beteiligungsrechte zu sorgen. Damit ist nicht nur die Herabsetzung des Wahlalters gemeint, sondern auch die Mitbestimmung in den Schulen oder sonstigen Einrichtungen in denen das Leben junger Menschen stattfindet. Die Bildung an sich muss sich aber auch ändern. Bisher ist sie darauf ausgerichtet Menschen für den Arbeitsmarkt zu produzieren und Demokratie kommt dabei eine untergeordnete Rolle zu. Es ist wichtig, dass auch gesellschaftliche Bildung einen Schwerpunkt bildet. Als Beispiel wäre die häufige Zusammenlegung von Gesellschaftskunde und Wirtschaft zu kritisieren. Junge Menschen können sicher für Politik Interessiert werden, wenn auch junge Menschen im Parlament sitzen und jugendliche Themen somit repräsentieren können. DIE LINKE fordert aber keine



Nachwuchsquoten, sondern versucht bereits so die Interessen von jungen Menschen auch angemessen auf der Wahlliste zu präsentieren. In Hessen hat die Partei auf den aussichtsreichen Listenplatz 7 die Jugendkandidatin Elisabeth Kula gesetzt.

SPD: Wir brauchen dringend mehr politische Bildung und zwar sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen Jugendbildung. Gerade in der außerschulischen Jugendbildung sind die Angebote in Hessen unter CDU-Führung stark zurückgefahren worden. Wir müssen auf diesem Weg das Interesse an Politik wecken und die Bedeutung politischen Engagements für die eigenen Interessen, aber auch für die Interessen der Gemeinschaft hervorheben. Nur wer sich engagiert und einmischt, kann auch Veränderungen erreichen. Politik muss auch greifbarer werden, Das fängt bei sehr simplen Dingen wie einem Livestream von Parlamentsdebatten an, der unter der jetzigen Regierungskoalition abgeschafft worden ist. Wir wollen den Livestream wieder einführen.

4. Umwelt- und Klimapolitik – Intakte Umwelt für nachfolgende Generationen

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen dar. Diese wird u.a. durch die Folgen des Klimawandels, Biodiversitätsverlust, übermäßigen Ressourcenabbau und Schadstoffeintrag stark gefährdet.

Frage 1: Was ist der konkrete Plan Ihrer Partei, um sicherzustellen, dass das Bundesland weiterhin dazu beiträgt, die Klimaziele zu erreichen?

Antworten:

CDU: Die seitens der CDU-geführten Hessischen Landesregierung beschlossenen Ziele zur Reduzierung von Klimagasemissionen werden wir einhalten. Bis zum Jahr 2050 soll Hessen klimaneutral sein, die Emissionen der Treibhausgase sollen mindestens um 90 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Mittelfristig wird Hessen bis 2020 die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 30 Prozent und bis zum Jahr 2025 um 40 Prozent senken.

Dies sind sehr ambitionierte Ziele, mit denen Hessen seiner besonderen Verantwortung gerecht wird und seinen Beitrag zu den weltweiten Verabredungen und zu europäischen und bundesweit eingegangenen Verpflichtungen leistet.

Den in der vergangenen Legislaturperiode von der Landesregierung beschlossenen „Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025“ mit 140 konkreten Maßnahmen werden wir konsequent umsetzen. Bereits jetzt hat die Regierungskoalition zur Umsetzung dieses Plans



Finanzmittel in Höhe von rund 140 Millionen Euro bereitgestellt und damit bereits 42 prioritäre Maßnahmen in die Umsetzung gebracht.

Wir setzen dabei vor allem auf Information und Anreize für Bürger und Wirtschaft, die Nutzung von Effizienzpotenzialen und den Ausbau von klimafreundlicher Mobilität und attraktive Angebote. Auch Maßnahmen zur Klimaanpassung sind aus unserer Sicht wichtig, um Hessen auf unvermeidliche Änderungen der klimatischen Bedingungen anzupassen.

Mittelfristig werden auch die weiteren Maßnahmen, die bisher noch nicht in der konkreten Umsetzung sind, angegangen.

FDP: Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge wie den hessischen Klimaschutzplan ab. Der Emissionshandel muss vielmehr als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickelt werden. Das wird nur gelingen, wenn langfristig realistische Ziele gesetzt und auf unnötige Markteingriffe verzichtet wird. Wir wollen mit dem Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen, zunächst in der EU, so schnell wie möglich weltweit. Bis heute hat die deutsche Energiewende mehr als 150 Milliarden Euro gekostet, ohne dass es zu einer wirklichen Reduzierung der Emissionen gekommen wäre. Eine Unzahl von Klimaschutzzielen und -instrumenten für unterschiedliche Lebensbereiche und Branchen verteuern den Klimaschutz unnötig und blockieren die Mittel für alternative Optionen der Treibhausgasreduzierung. Bessere Impulsgeber für klimafreundliche Innovationen sind ein weltweiter Preis für CO₂-Emissionen, die angemessene Berücksichtigung aller anderen Treibhausgase und die Wiederaufforstung der Wälder sowie langfristig verlässliche Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissionszertifikaten bzw. die angemessene Anrechnung von Wiederaufforstungsmaßnahmen. Deshalb halten wir es für zielführend, den EU-Emissionshandel durch eine Ausweitung auf weitere Sektoren zu stärken und damit fit für zukünftige Kooperationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen zu machen.

Hessische Alleingänge wie den Klimaschutzplan lehnen wir ab. Der Klimaschutzplan verteuert den Klimaschutz und führt wegen des Emissionshandels nicht zu einer Einsparung an CO₂. Damit verteuert er das Leben der Menschen und gefährdet Arbeitsplätze. Mit solcher planwirtschaftlichen Bevormundung nehmen wir uns die notwendige Offenheit für den technischen Fortschritt. Zudem sind gemeinsame europäische Klimaziele festgelegt. Das heißt, dass jede Tonne in Deutschland zusätzlich gespartes CO₂ in anderen europäischen Ländern zusätzlich ausgestoßen werden kann. Alleingänge Hessens in der Klimapolitik sind also ökologisch wirkungslos.

Zur Erreichung des Klimaschutzziels der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen ist dem Cluster Holz und Forst ein hoher Stellenwert einzuräumen. Es darf keine Festlegung eines Forstreferenzwertes im Sinne einer „Deckelung“ der Holzernte geben. Dem hohen Potenzial der CO₂-Senkung des Clusters Wald, Forst und Holzwirtschaft soll Rechnung getragen werden.



Die Grünen: Antwort auf Fragen 1 und 2 zusammen, siehe unten.

Die Linke: Hessen, unter der schwarz-grünen Landesregierung, trägt bis dato nicht zu der Erreichung der Klimaschutzziele bei. [Dem Monitoringbericht Energiewende in Hessen 2017](#) ist zu entnehmen, dass es für den Energieumsatz in Hessen leider einen ansteigenden Trend gibt. Strom- und Ölverbrauch sind gestiegen und nicht gesunken. Infolge steigt selbstverständlich auch der CO₂-Ausstoß für Hessen, d.h. das Land entfernt sich von den Klimaschutzzielen, gleich, ob es die selbstgesteckten relativ niedrigen der Hessischen Landesregierung, die der Bundesregierung und erst recht die des Pariser Abkommens von 2015 sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Stromimporte nach Hessen - über 50 % des in Hessen eingesetzten Stroms wird aus anderen Bundesländern importiert – in dem Klimaschutzplan der Grünen Ministerin Priska Hinz nicht berücksichtigt werden. Der Integrierte Klimaschutzplan der schwarz-grünen hessischen Landesregierung beruht auf einer fragwürdigen CO₂-Bilanz, ist weder rechtlich verbindlich, noch wird er die Zielmarken des Klimaabkommens von Paris erreichen. Der [Integrierter Klimaschutzplan 2025](#) ist so schlecht, dass der BUND 2017 einen eigenen Klimaschutzplan ([Klimaschutzplan Hessen 2040](#)) erarbeite hat. Wir orientieren uns bei unserer Klimapolitik an dem Plan des BUND. Konkretere Klimaschutzziele und wie sie erreicht werden sollen, sind in dem Beschluss [Klimaschutz jetzt! Sozial gerecht!](#) Des 10. Landesparteitag 11. – 12. November 2017 zu finden.

SPD: Der Fortschrittsbericht 2016 zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen des Hessischen Statistischen Landesamts offenbart, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zielsetzungen für 2020 für Ökologie und bei der Energieproduktivität, den Treibhausgasemissionen, den erneuerbaren Energien sowie bei der international Entwicklungszusammenarbeit massiv verfehlen wird. Wir wollen, dass Hessen in Deutschland und Europa Vorbild ist für das funktionierende Nebeneinander von wirtschaftlicher Stärke und Innovationskraft, fortschrittlicher Bildung, gerechtem Gemeinwesen und dem Erhalt der biologischen Vielfalt. Insbesondere die letzten Jahre haben breiten Bevölkerungsschichten durch Wetterereignisse bewusst werden lassen, welche Folgen schon 1°C Erderwärmung in unseren Breiten haben kann. Selbst in Hessen nehmen Dürrewarnungen, Brandgefahren aber ebenso Starkregenereignisse und Unwetter zu.

Die Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von Paris werden wir mit sozialverträglichen Maßnahmen erfüllen.

Wir treten ein für die Förderung regionaler Strukturen für eine integrierte Umweltpolitik, finanzielle Anreize zur Reduzierung von CO₂-Emissionen im Bereich Wärme, die Wiedervernässung von Mooren, die Durchsetzung von ökologischen und sozialen



Mindeststandards in der öffentlichen Beschaffung und das Erreichen der Klimaneutralität der hessischen Landesverwaltung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird den Klimaschutz im Rahmen der in diesem Programm beschriebenen Konzept für eine attraktiven und bezahlbare ÖPNV, den dezentralen Ausbau der Erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und der Verkehrswende vorantreiben. Wir werden Verantwortung für Nachhaltigkeit und Klimaschutz an allen Schulen als Lehrinhalt verankern. Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass der Erhalt der Lebensgrundlagen und die Begrenzung der Erderwärmung auf 2°C als vorrangige Ziele der Bundesregierung und der EU behandelt werden und dass Deutschland im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens eine Vorreiterrolle einnimmt. In Hessen werden wir statt unverbindlicher Klimaschutzpläne, wie sie Schwarz-Grün vorgelegt hat, ein verbindliches Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen.

Frage 2: Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die sog. planetarischen Grenzen wieder einzuhalten und die Resilienz des Ökosystems angesichts der globalen Umweltveränderungen langfristig zu stärken?

Antworten:

CDU: Dem Problem des weltweit zu hohen Verbrauchs natürlicher Ressourcen muss mit weltweiten Maßnahmen begegnet werden. Hessen übernimmt als wirtschaftsstarkes Land hierbei eine besondere Vorreiterrolle. Es muss dabei unser Ziel sein, zu zeigen, dass Maßnahmen für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz nicht im Gegensatz zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung stehen, sondern im Gegenteil nachhaltige Entwicklungschancen und mit umweltbewussten und nachhaltigem Wirtschaften verbunden sind. Nur so werden wir andere Länder und Regionen, in denen die Ressourceneffizienz deutlich schlechter ist, als in der hessischen Wirtschaft, davon überzeugen können, ebenfalls Maßnahmen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs einzuleiten.

Neben den genannten Maßnahmen zum Klimaschutz im Rahmen des Klimaschutzplans Hessen 2025 haben wir daher eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um Belastungen der Umwelt zu reduzieren. Beispielhaft sei die Ressourcenschutzstrategie der CDU-geführten Landesregierung genannt, in der Stoffkreisläufe ganzheitlich betrachtet werden. Es gilt dabei, Ressourcenabbau, -verarbeitung, -konsum, -verwertung und -recycling zusammenzudenken und auf allen Ebenen effiziente Maßnahmen zu identifizieren und umzusetzen, um die Ressourceneffizienz insgesamt zu steigern. Die starken Forschungs- und Entwicklungsstandorte für diesen Bereich, die in Hessen angesiedelt sind und unterstützt werden, tragen ebenso zum langfristigen Erfolg dieser Strategie bei, wie



umfassende Informations- und Bildungsangebote zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das wichtige Thema des Ressourcenschutzes.

FDP: Naturschutz wird oft durch ausufernden Regelungswahn, kleinteilige Verordnungen und ausgeprägten staatlichen Dirigismus den Bürgerinnen und Bürgern aufgezwungen oder gar übergeordnet. Damit werden die Menschen nicht mitgenommen und die Akzeptanz für Umweltschutz leidet. Um ein nachhaltiges Miteinander zwischen Naturschutz und dem Menschen zu gewährleisten, muss es Ziel sein, die Bedürfnisse der Menschen in Einklang mit der Natur zu bringen und sie als Nutzer ihrer natürlichen Umwelt einzubinden und diese auch erlebbar zu machen. Eine wirklich ausgewogene Abwägung der Belange des Naturschutzes in all seinen Facetten muss auch den Menschen als Teil der Natur in seinen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Wir Freie Demokraten treten dafür ein, das Naturschutzrecht übersichtlicher und effizienter auszugestalten, ohne dass der Schutz der Natur darunter leidet. Wir setzen im Verhältnis von Wirtschaft und Naturschutz auf Kooperation statt Konfrontation und stärken deshalb den Ökopunktehandel als marktwirtschaftliches Element. Kompensationsmaßnahmen werden besser koordiniert, der hohe Flächenverbrauch bei Infrastrukturprojekten wird vermindert. Darüber hinaus sehen es die Freien Demokraten als sinnvoll an, wenn zum Ausgleich eines Eingriffes zweckgebunden Geld gezahlt wird und dieses in bedeutende Maßnahmen des Naturschutzes im gleichen Naturraum investiert wird. Wir fordern deshalb, dass die Bundesländer künftig die Möglichkeit erhalten, das sogenannte Ersatzgeld anderen Instrumenten der Kompensation gleichzustellen.

Die Grünen: Wir GRÜNE freuen uns, dass es unter GRÜNER Regierungsbeteiligung gelungen ist, den Hessischen Integrierten Klimaschutzplan 2025 zu etablieren. Darin sind Maßnahmen für alle Lebens- und Arbeitsbereiche des gesellschaftlichen Lebens aufgenommen und ambitionierte Ziele gesetzt: Bis zum Jahr 2050 soll Hessen ein klimaneutrales Bundesland werden. Um dies zu erreichen, wollen wir ein Drittel weniger Treibhausgase bis 2020, mindestens 90 Prozent weniger bis 2050. Zu diesen Zielen stehen wir weiterhin. Zusätzlich fordern wir GRÜNE den Bund auf, eine CO₂-Bremse ins Grundgesetz festzuschreiben.

Weil Klimaschutzpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie ein Konzept für alle klimarelevanten Bereiche verfolgt, heißt ganzheitlicher Klimaschutz für uns nicht „nur“ Strom und Wärme, sondern auch Verkehr, Landwirtschaft, Bodenschutz, Abfall und Abwasser in den Blick zu nehmen.

Im Landeshaushalt 2018/19 haben wir die Mittel für den Klimaschutz gegenüber den Jahren zuvor mehr als verdoppelt. Außerdem haben wir in Hessen mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass wir einen Kohleausstieg auf Bundesebene unterstützen wollen. Klar ist aber auch, dass wir gute Rahmenbedingungen auf Bundesebene brauchen, um unsere Klimaschutz- und Energiepolitik erfolgreich weiter voranbringen zu können.



Außerdem wollen wir den Klimaschutz, der direkt in den Kommunen und bei den Menschen vor Ort stattfindet, weiter stärken sowie vorbildliche und innovative kommunale Konzepte in Bezug auf Klimaneutralität und Sektorenkopplung fördern. Wir wollen Kommunen noch stärker darin unterstützen, kommunale CO₂-Bilanzen, Divestment-Strategien sowie Klimaschutzpläne zu erstellen und umzusetzen.

Die Linke: Unserer Antwort auf die unterschiedlichen ökologischen und in Folge auch sozialen Krisen ist der „[PLAN B, das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau](#)“. Um die Einhaltung der sogenannten planetarischen Grenzen, d.h. den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern hat DIE LINKE 2012 die Arbeit an dem PLAN B aufgenommen. Sehr empfehlenswert ist unserer Publikation [PLAN B, Version 2.0](#).

Keine noch so gute Naturschutzpolitik kann die Schäden, die durch die ressourcenintensive und stark industrialisierte Landwirtschaft versucht werden ausgleichen. Um den Verlust der Biodiversität zu stoppen und den Trend umzukehren, müssen wir die landwirtschaftliche Produktion grundlegend nach ökologischen Kriterien ausrichten (s. dazu Beantwortung Frage Nr. 9, Agrarpolitik).

Darüber hinaus setzen wir uns für eine starke Verringerung der Flächenversiegelung, mit dem Ziel eine netto-Null-Versiegelung, ein.

Weiterhin wollen wir eine

- flächendeckende nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder, orientiert an den Leitlinien des ökologischen Waldbaus, der Naturschutz in der Forstwirtschaft muss gestärkt werden;
- eine starke Forstwissenschaft, die die Anpassung des Waldbaus an den Klimawandel begleitet;
- das hessische Waldgesetz so ändern, dass der Abbau von Kies und Sand in als Bannwald ausgewiesenen Wäldern gesetzlich unterbunden wird;
- ein besseres Holzrecycling aufbauen, Gebrauchtholz kann mehrfach wiederverwendet werden, bevor es zur Energienutzung verbrannt wird.

SPD: Mit dem unter Frage 1 beschriebenen Maßnahmenkatalog.



5. Finanzpolitik – Investitionen in die Zukunft

Für die Schulden, die heute gemacht werden, müssen die zukünftigen Generationen aufkommen. Gleichzeitig leiden sie aber auch unter mangelnden Investitionen in wirklich zukunftsentscheidende Bereiche.

Frage: Wie wollen Sie sicherstellen, dass in essentielle Bereiche – wie Bildung, Klimaschutz und digitale Infrastruktur – investiert wird, ohne dass dabei unseren Kindern und Enkelkindern ein riesiger Schuldenberg hinterlassen wird?

Antworten:

CDU: Die CDU steht für eine generationengerechte Haushalts- und Finanzpolitik. Wir fühlen uns der Schuldenbremse und damit dem Votum von über 70 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Hessen verpflichtet, diese Regelung verlässlich einzuhalten. Daher sind wir auch stolz, dass wir schon mit dem Abschluss des Haushaltsjahres 2016 zum ersten Mal nach knapp 50 Jahren in der Lage waren, Schulden in Höhe von 200 Millionen Euro zu tilgen. Wir haben nun mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 ebenfalls zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert auch in der Planung einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt und in den kommenden Jahren weitere Schuldentilgungen vorgesehen. Wir wollen unseren Kindern gerade keinen Schuldenberg hinterlassen, sondern Gestaltungsmöglichkeiten.

Auch in Zukunft werden wir in Hessen keine neuen Schulden machen, sondern Altschulden abbauen. Die Schuldenbremse halten wir selbstverständlich ein. Sie ist kein Selbstzweck, sondern zur Bewahrung der Handlungsfähigkeit künftiger Generationen unerlässlich. Den Abbau der Altschulden werden wir mit einem konkreten Tilgungsplan verbindlich festschreiben. Haushaltsverbesserungen aufgrund von Mehreinnahmen und Minderausgaben werden wir für mehr Investitionen und für den zusätzlichen Schuldenabbau verwenden.

Aus diesem Grund haben wir auch die Kommunen bei deren Schuldenabbau unterstützt. Der Kommunale Schutzschirm ist ein voller Erfolg. Über 90 Prozent der Schutzschirmkommunen haben nun einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Darüber hinaus löst das Land Hessen mit der kürzlich beschlossenen HESSENKASSE die kommunalen Schulden aus Kassenkrediten (Schulden, denen keine Werte gegenüberstehen) in Höhe von rund 5 Milliarden Euro ab.

Schon heute haben wir mit dem Kommunalinvestitionsprogramm KIP I über 3.000 Projekte in den Kommunen gefördert. Darüber hinaus wurden die ersten Bescheide des zweiten Kommunalinvestitionsprogrammes „KIP macht Schule!“ kürzlich übergeben. Hierdurch werden wichtige Infrastrukturmaßnahmen in Schulen wie Erweiterung, Sanierung und Neubau finanziert und somit ermöglicht.



Wir werden die Zeiten guter Steuereinnahmen nutzen, um durch eine Investitionsoffensive neue Werte durch kluge Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Die Mittel für Investitionen wollen wir jährlich konsequent steigern. Investitionshemmnisse werden wir identifizieren und schnellstmöglich abbauen. Die Vorsorge für künftige Pensionslasten werden wir erhalten und durch Zuführungen in die Versorgungsrücklage des Landes weiter stärken.

Wir als CDU Hessen wollen auch weiterhin finanzielle Spielräume nutzen, um gezielt in unsere Zukunft zu investieren. Neben dem Schuldenabbau werden wir steuerliche Mehreinnahmen daher vorrangig für mehr Investitionen verwenden. Die Digitalisierung erfordert es, dass wir unser Land flächendeckend mit Glasfaser und Breitband versorgen. Straßen und Schienen müssen ausgebaut werden, um Stadt und Land optimal zu verbinden. Auch ein weiteres Investitionsprogramm in die Schulinfrastruktur ist geplant. Infrastrukturinvestitionen dienen nicht nur der Sicherung der vorhandenen Substanz, sondern sie sind notwendige Zukunftsausgaben, um unseren Wohlstand langfristig im Sinne der Generationengerechtigkeit zu sichern.

Hessen ist mit seinem jährlichen Geschäftsbericht Vorreiter im Hinblick auf die Transparenz der Landesfinanzen. Diese Transparenz werden wir fortführen und wollen sie durch verständliche grafische Darstellung der wichtigsten Eckwerte des Landes aus Haushaltsplan und Geschäftsbericht noch erweitern. Um gegenüber allen Bürgern Hessens volle Transparenz über die Finanzlage unseres Landes herzustellen, möchten wir alle Hessen einmal jährlich mit einem Kontoauszug über die Finanzlage ihres Landes informieren. Er soll zusammen mit dem Steuerbescheid verschickt werden. Dies gibt es bisher nur in Hessen.

FDP: Hessen hat damit begonnen, seine Altschulden in geringem Maß zu tilgen. Wir setzen uns dafür ein, dass wir diesen Weg weitergehen und einen Tilgungsplan vorlegen, der festschreibt, wie und bis wann wir die Schuldentilgung erreicht haben wollen. Wir wollen nicht nur tilgen, wenn es wie derzeit die Haushaltslage überraschend zulässt.

Planungssicherheit muss gewährleistet sein, auch in Zeiten eines Zinsniveaustiegs oder wenn Steuereinnahmen unter ihren Schätzungen zurückbleiben. In den letzten Jahren waren es vor allem die niedrigen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen, die einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben.

Der Schuldenberg von rund 44 Milliarden Euro ist nach wie vor hoch. Schulden sind das Gegenteil von Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Steigende Zinszahlungen reduzieren zusammen mit vielen weiteren Zahlungsverpflichtungen des Staates immer mehr den haushaltspolitischen Ausgabenspielraum: und damit auch die Zukunftschancen und die Möglichkeiten der Eigenentscheidung unserer Kinder und Enkel.

Trotz zusätzlicher Steuereinnahmen von über fünf Milliarden Euro seit 2013 ist die Investitionsquote des Landes Hessen erschreckend niedrig. Um diese langfristig zu erhöhen, werden wir alle Landesbeteiligungen auf ihre strategische und inhaltliche Sinnhaftigkeit überprüfen. Die realisierten Einnahmen aus Privatisierung sollen dabei in einen Infrastrukturinvestitionsfonds fließen, der in der Höhe seiner Einnahmen für Investitionen



zur Verfügung steht. Dies bietet die Möglichkeit, auch in Zeiten geringerer Einnahmen und konjunktureller Einbrüche, die Mittel aus dem Fonds zweckgebunden in Infrastruktur zu investieren.

Die Grünen: Wir GRÜNE stehen für eine Politik der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Das gilt ganz besonders für die Finanzwirtschaft – sowohl im Land wie in den Kommunen. Generell sollen die öffentlichen Hände stets so haushalten, dass das Vermögen bewahrt und keine neuen Lasten in die Zukunft verschoben werden. Gleichzeitig dürfen aber auch notwendige Zukunftsinvestitionen oder der Erhalt der Infrastruktur nicht in die Zukunft verschoben werden. Unser Gründungsethos „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“ fordert daher von der heutigen Generation die möglichst unbelastete, schuldenfreie Weitergabe unseres Planeten in gutem Zustand an unsere Kinder und Enkelkinder. Dem wollen wir GRÜNE gerecht werden. Seitdem wir in Hessen wieder in Regierungsverantwortung sind, haben wir die Richtung der Politik geändert. Erstmals seit 50 Jahren kommen die Finanzen des Landes planmäßig ohne Neuverschuldung aus und es konnte begonnen werden, Altschulden zu tilgen. Zusätzlich wurde verstärkt in Bildung, den sozialen Zusammenhalt, den Klima- und Umweltschutz sowie die Digitalisierung investiert. Bei der Straßeninfrastruktur wurde endlich vermehrt in Erhalt und Sanierung statt in prestigeträchtige Neubauten mit hohen Folgekosten investiert. Die Städte und Gemeinden wurden mit Unterstützung des Landes entschuldet und durch zwei Investitionsprogramme in Milliardenhöhe unterstützt.

Um die Einnahmeseite auf Landesebene zu verbessern, hat sich die grün-regierte Landesregierung in dieser Legislaturperiode dem konsequenten Kampf gegen Steuerkriminalität verschrieben und die schlagkräftige hessische Finanzverwaltung personell und technisch deutlich verstärkt. Im Ergebnis konnte so in Verbindung mit der Arbeit der Steuerfahnderinnen und -fahnder, der Betriebsprüferinnen und -prüfer und der Beschäftigten im Innendienst in den letzten fünf Jahren Mehrsteuern in Höhe von insgesamt 12 Milliarden Euro in Hessen erzielt werden.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir GRÜNE noch mehr finanzielle Mittel für Zukunftsinvestitionen mobilisieren: Für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit, den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlage, den weiteren Ausbau unserer Hochschulen, den Wohnungsbau oder die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen, auch auf dem Land. Für solche Zukunftsinvestitionen möchten wir den ganzen Gestaltungsrahmen der Schuldenbremse nutzen. Eine Maßnahme, von der die Allgemeinheit über Jahrzehnte profitiert, müsste derzeit vollständig in den Haushaltsjahren finanziert werden, in der sie durchgeführt wird oder aus freien Rücklagen finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Finanzierung der Kosten einer solchen Maßnahme über die Nutzungsdauer verteilt werden kann. Hierfür gibt es verschiedene Modelle, die wir prüfen werden. Entscheidend sind dabei für uns vollständige Transparenz über die Folgekosten, keine Verschiebung von Belastungen auf kommende Generationen und Wirtschaftlichkeit für die öffentlichen Haushalte. Insbesondere deshalb sehen wir Public-Private-Partnership (PPP)-Modelle



kritisch, da sie in der Regel dem privatwirtschaftlichen Partner mehr Nutzen bringen als der öffentlichen Hand.

Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht erforderlich, die Schuldenbremse alsbald in das doppelte System zu übersetzen, weil sie in ihrer derzeitigen ausschließlich kamerale Ausprägung sinnvolle Finanzierungen in dem Bereich der öffentlichen Investitionen häufig nicht zulässt. Damit kann das Land nicht einmal mehr wie ein privater Häuslebauer agieren und nach einer Ansparphase eine Baumaßnahme wenigstens teilweise über ein Darlehen (z.B. als Hypothek) finanzieren. Auch für Investitionen müssten deshalb Haushaltsmittel vollständig angespart werden oder der Baufortschritt an den jeweils jährlich finanzierbaren Raten orientiert werden, was einen deutlichen Mangel an Effizienz bedeutet und Realisierungszeiten erheblich verlängert. Aus GRÜNER Sicht ist es deshalb geboten, auch eine doppelte Schuldenbremse zu definieren, die wie die kamerale ebenfalls den weiteren Weg in die Verschuldung verhindert und gleichzeitig mehr Raum für Zukunftsinvestitionen bietet. Dies ist sogar deutlich einfacher, da in der Doppik immer auch die Vermögenswerte betrachtet werden.

Die Linke: DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass das Land Hessen endlich deutlich mehr in die wichtigsten Aufgabenbereiche der Gegenwart aber auch der entscheidenden Zukunftsfragen investiert. Die Frage der gerechten Finanzierung ist dabei nicht nur die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit innerhalb von Generationen. Diese wollen wir durch ein Steuersystem sicherstellen, das große Einkommen und riesige Vermögen endlich angemessen an den Kosten für diese Aufgaben beteiligt. Die Wiedererhebung einer Vermögensteuer ist dringend geboten. Außerdem fordern wir, dass die aktuell vorhandenen Spielräume im Landeshaushalt für Investitionen in Bildungsinfrastruktur, Verkehrs- und Energiewende auch genutzt werden. Ein minimaler Schuldenabbau, wie ihn die Landesregierung gegenwärtig betreibt nützt niemandem. Einerseits gelingt es mit der geplanten Schuldentilgung zukünftigen Generationen nennenswerte zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume zu verschaffen - dafür sind die Tilgungen viel zu klein. Andererseits fehlt aber jeder Euro der in die Tilgung gesteckt wird um etwa verrottenden Schulen zu sanieren und die Energiewende rechtzeitig einzuleiten.

SPD: Für eine gute Zukunft müssen wir heute handeln und investieren. Wer heute nicht in Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungen, Straßen, Öffentlichen Personennahverkehr und den ländlichen Raum investiert, wird der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Hessen schaden. Damit würde auch einer guten öffentlichen Finanzbasis der Boden entzogen und Steuerhöhungen wären programmiert. Deshalb müssen effektives Wirtschaften, Sparen, der Schuldenabbau, aber auch die Zukunftsinvestitionen in ein richtiges Maß zueinander gebracht werden.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird zuerst Chancengleichheit in der Bildung fördern und zwar von Anfang an bis zum Masterabschluss bzw. Meisterprüfung. Wir wollen die



Infrastruktur modernisieren. Daher müssen wir sowohl in Hessen als auch über den Bundesrat im Bund für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Durch solide Landesfinanzen wollen wir Spielräume für die Zukunftsinvestitionen, die gerade in Interesse der zukünftigen Generationen notwendig sind, erhalten und ausbauen.

6. Rentenpolitik – Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung

Der demografische Wandel lässt unsere Gesellschaft immer mehr altern. Unser heutiges Rentensystem muss generationengerechter werden, sonst führt es nachrückende Generationen geradewegs in die Altersarmut. Ein – auch symbolischer – Schritt, der beschleunigend auf nötige Reformen wirken würde, wäre die Einbeziehung von Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung.

Frage: Wie positionieren Sie sich zu einem Eintritt der Landtagsabgeordneten Hessens in die gesetzliche Rentenversicherung?

Antworten:

CDU: Das System der Altersversorgung der Abgeordneten des Hessischen Landtags wurde 2007 reformiert. Demnach wurde ab der 17. Wahlperiode das Bezugsalter für die Abgeordnetenversorgung von 55 auf 60 Jahre hochgesetzt. Hessische Abgeordnete müssen zudem nicht mehr nur sechs, sondern acht Jahre dem Landtag angehört haben, um eine Mindestpension zu erhalten. Für jemand, der weniger als acht Jahre dem Hessischen Landtag angehört, gibt es folglich keine Versorgung mit Pension. Zur Erreichung des Höchstanspruches müssen die Abgeordneten 24 statt bisher 22 Jahre Mitglieder des Landtags gewesen sein. Im Übrigen werden die Pensionsansprüche mit gegebenenfalls anderweitig erworbenen Rentenansprüchen verrechnet.

Eine angemessene Altersversorgung von Abgeordneten ist Teil der verfassungsmäßig gebotenen Unabhängigkeit des Mandates. Sie muss die verschiedenen Erwerbsbiografien der Abgeordneten berücksichtigen. Eine ausgewogene Berufs- und Altersstruktur der Abgeordneten im Landtag ist sicherzustellen.

Im Ergebnis verzichteten die Abgeordneten durch die besagte Anpassung auf bis zu 20 Prozent ihrer Pensionsansprüche. Erhielten sie bisher nach sechs Jahren einen Mindestanspruch von 1.840 Euro, so haben sie künftig rechnerisch für diesen Zeitraum nur Anspruch auf 1.350 Euro. Als CDU Hessen sehen wir dadurch die Gesamtverantwortung sowohl für die Steuerzahler, aber auch das Interesse unserer gesamten Gesellschaft an einer funktionierenden, repräsentativen Demokratie als gegeben an.



FDP: Wir Freie Demokraten sprechen uns grundsätzlich für eine neue Struktur der Absicherung von Abgeordneten aus. Sie sollte sich nicht mehr länger an der für Beamte orientieren, sondern an der von freiberuflich Tätigen, die für ihre Altersabsicherung eigenverantwortlich vorsorgen, d.h. sie sollte kapitalgedeckt sein. Wenn wir von Arbeitnehmern erwarten, dass sie ihre private Altersvorsorge verstärken, dann sollte dies auch für Abgeordnete gelten.

Als Beispiel könnte das Land Nordrhein-Westfalen dienen. NRW-Landtagabgeordnete sorgen nach einer grundsätzlichen Diätenreform seit 2005 selbst für ihre Rente vor. Ein kompliziertes System aus Aufwandsentschädigungen, Pauschalen und einer staatlichen Rente wurde abgeschafft. Stattdessen erhalten Abgeordnete einen einzigen, steuerpflichtigen Betrag als Abgeordnetenbezüge und zahlen davon einen Festbetrag in einen Rentenfonds, das „Versorgungswerk der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen und des Landtags Brandenburg“ ein. Damit hat nicht nur NRW für mehr Transparenz bei der Bezahlung und Versorgung seiner Abgeordneten gesorgt, sondern auch das Land Brandenburg.

Um die Entschädigungs- und Versorgungsbestimmungen in Hessen zu reformieren, haben wir bereits vor Jahren vorgeschlagen, eine Sachverständigenkommission zu berufen, die entsprechende Vorschläge erarbeitet.

Wir halten es jedoch nicht für sinnvoll, alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, weil damit die demografisch bedingten Probleme der gesetzlichen Rente nicht gelöst werden. Aus dem gleichen Grund lehnen wir unter anderem auch eine einheitliche Krankenversicherung ab. Der demografische Wandel und seine Auswirkungen werden dadurch in keiner Weise beseitigt, so dass solche Umstrukturierungen keinen Nutzen bringen.

Den Vorschlag, die Abgeordneten als rein symbolischen Schritt in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen zu lassen, ohne dass dies auch einen sinnvollen Effekt hätte, halten wir für nicht praktikabel.

Die Grünen: Auf Landesebene schlagen wir vor, dass die Abgeordneten privat vorsorgen müssen durch einen Zuschuss für die Altersversorgung während des Bezugs ihrer Abgeordnetendiäten. Das ist auf Landesebene bereits jetzt umsetzbar, ohne Änderungen im Bundesrecht. Im Bund schlagen wir vor, eine Bürgerversicherung zu schaffen, in die auch Abgeordnete einzahlen. Solange es aber diese Bürgerversicherung nicht gibt, wollen wir auf Landesebene das erstgenannte Modell weiterhin fordern. Wenn es zu einer Bürgerversicherung im Bund kommt, dann wären auch die hessischen Landtagsabgeordneten dabei. Aber es ist nicht möglich, eine hessische Bürgerversicherung einzuführen.

Die Linke: Wir setzen uns dafür ein die solidarische Umlagefinanzierung der Rentenversicherung zu stärken. Dafür ist es geboten, dass mehr Gruppen in das System der



gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen werden. Insbesondere in Hessen sind die Pensionsregelungen für Abgeordnete vergleichsweise großzügig, weshalb wir uns hier besonders dafür einsetzen Abgeordnete in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren.

SPD: Wir halten den langfristigen Umstieg auf eine einheitliche Altersversorgung für notwendig. Kurzfristige Aktionen sind im Zusammenhang mit der Rente nicht zielführend. Das derzeitige Rentensystem bringt es mit sich, dass Einzahlungen immer auch einen entsprechenden Anspruch nach sich ziehen und damit nicht für einen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Einkommensgruppen sorgen. Darin unterscheidet sich die Rentenversicherung von der Krankenversicherung. Bei letzterer hätte eine Bürgerversicherung, die die SPD seit Jahren fordert, den Vorteil, dass man bei unterschiedlicher Beitragszahlung gleiche Leistung erhält und somit einen sozialen Ausgleich schafft. Das ist bei der Rentenversicherung nicht der Fall.

7. Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen die jüngeren Generationen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und sichern den Wohlstand von morgen.

Frage 1: Welche Bildungsreformen planen Sie, um dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen – auch die aus finanziell schwachen Familien, mit nichtdeutscher Muttersprache, oder mit Behinderung – individuell und gleichberechtigt gefördert werden?

Antworten:

CDU: Aus Sicht der CDU ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf. Dies gebietet schon der Grundsatz der Chancengerechtigkeit. Alle Menschen haben unterschiedliche Begabungen, Neigungen, Interessen und Bedürfnisse. Auch wenn sie dadurch nicht alle gleich sind, sind sie uns als Christdemokraten alle gleich viel wert. Mit einem begabungs- und leistungsgerecht differenzierenden Schulsystem gilt es den vielfältigen Veranlagungen und Talenten, aber auch den individuellen Defiziten und Förderansprüchen aller Schüler umfassend Rechnung zu tragen. Das Fundament für gerechte Bildungschancen ist ein Schulwesen, das sowohl für stärker theoretisch orientierte, als auch für eher praktisch begabte Schüler gleichermaßen passgenaue Angebote zur Verfügung stellt. Die beiden tragenden Säulen, die Schulvielfalt und Wahlfreiheit sind vor diesem Hintergrund der Garant dafür, dass Kinder ihrer vielfältigen Begabungen angemessen auch entsprechend vielfältig gefördert und gefordert



werden und Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit optimal verwirklicht werden können.

Wie kein anderes Bundesland verfügt Hessen über ein extrem durchlässiges und chancenreiches Bildungssystem. So können beispielsweise Schüler, die einen Hauptschulabschluss erzielt haben, auf die Berufsfachschule wechseln und dort den Realabschluss erwerben. Anschließend steht ihnen die Möglichkeit offen, eine Fachoberschule zu besuchen und dort eine Studienzugangsberechtigung zu erlangen. Bereits im Jahr 2005 hat die CDU in Hessen zudem den Hochschulzugang für Meister oder gleichwertige Ausbildungsberufe ermöglicht. In einem Pilotprojekt können sich seit Anfang des Jahres 2017 auch junge Menschen, die eine duale Ausbildung mindestens mit der Note 2,5 abgeschlossen haben, an einer hessischen Hochschule einschreiben. Die CDU-geführte Landesregierung hat somit in den letzten 20 Jahren alle Stoppschilder aus dem Weg geräumt und vielfältige Chancen und Perspektiven zur lebenslangen persönlichen Weiterentwicklung und beruflichen Weiterbildung eröffnet. Darüber hinaus hat die CDU in Hessen mit praxisorientierten Modellen wie den erfolgreichen Programmen der SchuB- und PuSch-Klassen auch versetzungsgefährdete Schüler im Hauptschulbildungsgang wirkungsvoll zum Abschluss und zur Ausbildungsreife geführt. Die Kombination aus drei Tagen Unterricht und zwei betrieblichen Praxistagen pro Woche sowie sozialpädagogischer Begleitung vermittelt insbesondere Schülern mit Schwächen im theoretischen Lernstoff durch die Praxis in den Betrieben neues Selbstbewusstsein und steigert die Motivation zu Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft. Die Abschlussquote der 2000 Jugendlichen im ersten PuSch-Jahrgang 2015/16 lag folglich bei 85 Prozent an den allgemeinbildenden („PuSch A“) und bei 61 Prozent an den beruflichen Schulen („PuSch B“). Die Ergebnisse dieser gezielten Förderung der Schüler im Hauptschulbildungsgang sind beachtlich: So hat die Caritas-Bildungsstudie 2017 für das Land Hessen die bundesweit niedrigste Schulabbrecherquote konstatiert. Während die bundesweite Quote der Schulabbrecher demnach von 5,7 auf 5,9 gestiegen ist, hat Hessen dem Trend trotzen und einen erfreulichen Rückgang von 4,9 auf 4,2 Prozent verzeichnen können. Damit liegt Hessen nicht nur bundesweit an der Spitze, sondern weist zusammen mit Brandenburg auch den stärksten Rückgang aller Bundesländer auf: Im Zeitraum von 2006 bis zu o.a. Studie auf der Datengrundlage des Jahres 2015 konnte Hessen den Anteil von 8,2 auf 4,2 Prozent nahezu halbieren. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt der INSM-Bildungsmonitor 2018 im Hinblick auf den Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Abschluss. Hier erzielte Hessen mit einem Schnitt von 10,2 Prozent den besten Wert aller Bundesländer.

Eine gerechte Bildungspolitik schafft folglich nicht die Voraussetzungen für formale Abschlüsse, sondern für praktische Qualifikationen zur Bewältigung des Berufs- und Lebensalltages sowie für berufliche und private Lebensperspektiven. In keinem anderen europäischen Land haben junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Talenten und Begabungen dabei bessere berufliche Perspektiven und Karriereaussichten als in Deutschland. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist nicht nur seit Jahren die mit Abstand niedrigste aller 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern konnte im



vergangenen Jahr auf einen erneuten Tiefstwert von 6,6 Prozent gesenkt werden. Europäische Länder mit hohen Akademikerquoten und Einheitsschulsystemen haben dagegen eine bis zu fünfmal so hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Diese beeindruckende Bilanz ist maßgeblich auf das bildungspolitische Leitbild der CDU von der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung und eines begabungsgerechten und differenzierenden Schulsystems als notwendiger Grundlage zurückzuführen. Sie widerlegt auch das von der Wissenschaft ohnedies kritisch beäugte Bild vom vermeintlichen Wunderheilmittel der gebundenen Zwangsganztagsschule, die in Ländern wie Frankreich allenfalls überdurchschnittlich viele Schulabbrecher und Arbeitslose hervorgebracht hat. Auch dem von den linken Parteien geforderten „längeren gemeinsamen Lernen“ wurden von der Wissenschaft keine vorteilhaften Effekte zur Realisierung von Chancengleichheit bescheinigt. So kam ausgerechnet der vormalige „Gesamtschulpapst“ Helmut Fend in einer Studie zu dem Ergebnis: *„Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems – entgegen ihrem Anspruch und entgegen den Hoffnungen vieler Schulreformer, denen ich mich verbunden fühle.“* Eine umfassende Studie des Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung hat zudem gezeigt, dass nicht nur Gymnasiasten, sondern auch Realschüler von der frühen, mit dem 5. Jahrgang einsetzenden Differenzierung nach Schulformen profitieren. Am Ende des 10. Jahrgangs haben sie gegenüber gleich begabten Gesamtschülern „einen Wissensvorsprung von etwa zwei Schuljahren“. Dieser Abstand bleibt bis zum Ende des 13. Jahrgangs bestehen. Als CDU sind wir folglich davon überzeugt: Wenn junge Menschen aller Begabungen in Lohn und Brot gebracht werden und Auszubildende wie Studierende gleichermaßen ausgezeichnete Zukunftschancen genießen, dann sind Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit am überzeugendsten und nachhaltigsten verwirklicht.

FDP: Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jedes Kind von Beginn an beste Startchancen erhält, so dass es unabhängig von seiner Herkunft und seinen persönlichen Voraussetzungen sein Recht auf bestmögliche Bildung verwirklichen kann. Deshalb wollen wir in diesem Bereich vorrangig investieren, aber wir setzen nicht erst in der Schule an. Daher sind die Förderung und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung und der frühkindlichen Bildung für uns Freie Demokraten zwei der wichtigsten Zukunftsthemen unseres Landes. Hier werden die Grundlagen für ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und glückliches Leben gelegt. Wir wollen neben den bedarfsgerechten Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen auch die notwendige Qualitätsoffensive für Kindertagesstätten realisieren, um Kindertagesstätten in die Lage versetzen, beziehungsvolle Pflege und bestmögliche individuelle Begleitung und Unterstützung für jedes Kind zu realisieren. Chancengerechtigkeit an Schulen bedeutet für uns die passgenaue Förderung vom sonderpädagogischen Förderbedarf bis hin zur Hochbegabung. Dafür brauchen wir moderne Schulen, ausreichend und hochqualifizierte Lehrkräfte, die die Schülerinnen und



Schüler entsprechend ihrer Talente, Begabungen aber auch Herausforderungen individuell fördern können. Wir erkennen das derzeitige Schulsystem in seiner Verschiedenheit und Vielfältigkeit an und sehen daher nicht das Erfordernis, dieses grundsätzlich in Frage zu stellen oder strukturell zu verändern. Wir vertrauen auf die Kompetenz vor Ort, die die Bedürfnisse des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und das Schulangebot darauf ausrichtet und deshalb sind Schulwahlfreiheit und Schulvielfalt auch zukünftig die zentralen Maßstäbe, da es für uns per se keine besseren oder schlechteren Schulformen oder Bildungsgänge gibt. Vielmehr gilt es, überall die optimalen Bedingungen für die beste Bildung zu schaffen. Dabei sollen die Besonderheiten vor Ort berücksichtigt und Wettbewerbs- bzw. Standortnachteile beseitigt werden (z.B. durch den Sozialindex, der auch in Zukunft dazu beitragen soll, dass Schulen, die unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten, zusätzliche Ressourcen bekommen). Die Herkunft der Schülerinnen und Schüler oder deren Wohnsitz sollen nicht über die Bildungschancen eines Kindes oder Jugendlichen entscheiden. Eltern sollen eine echte Wahl haben und die beste Schule für ihr Kind auswählen können. Daher darf es keine ideologisierte Bevorzugung oder Benachteiligung geben.

Die Grünen: Das Ziel unserer Bildungspolitik ist es, gleiche Bildungschancen für alle Schüler*innen zu schaffen – unabhängig vom sozialen Status, ihrer Herkunft oder dem Einkommen ihrer Eltern. Wir GRÜNEN legen den Schwerpunkt auf die individuelle Förderung aller Schüler*innen. Wir begreifen die Vielfalt von Kindern und Jugendlichen als Chance. Wir sind der Überzeugung, dass kein Kind im Bildungssystem zurückgelassen werden darf. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass die Förderung aller Kinder in den Mittelpunkt der Arbeit von Kindergärten und Schulen gestellt wird. Hierfür setzen wir u.a. auf mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung durch Ganztagschulen; Erweiterung des Kollegiums einer Schule um Sozialpädagog*innen und Förderpädagogen, um auf die Vielfalt der Schüler*innen besser eingehen zu können; systematische Sprachförderung von Anfang an sowie ein wertschätzendes Schulklima, das Vielfalt als Bereicherung erfahrbar macht.

Die Linke: Die Linke fordert die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems zugunsten einer Schule, in der alle Kinder gemeinsam von der ersten bis zur zehnten Klasse jahrgangsübergreifend lernen und individuell gefördert werden. Das Aufteilen von Kindern nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen wird selbst vom hessischen Grundschulverband heftig kritisiert.

Hinzu kommt, dass es keine wirkliche Lernmittelfreiheit gibt. Das fängt schon bei den Schülerfahrtkosten an, die längst nicht alle Kinder und Jugendlichen erstattet bekommen. Und das ist schon kurios: Lehrkräfte fahren mit dem Landesticket kostenbefreit zur Schule und beispielsweise Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe müssen komplett für die Fahrkosten aufkommen.



SPD: Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle Kinder gleich welcher Herkunft, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und auch dann, wenn ihnen das Lernen nicht leicht fällt. Deshalb wollen wir Gebühren für Bildung komplett abschaffen, von der Kita bis zum Master bzw. zur Meisterprüfung. Wir werden die Qualität in den Bildungseinrichtungen steigern und die Ausbildung des Fach- und Lehrpersonals verbessern. Kein Kind soll die Schule mehr ohne Abschluss verlassen und wir wollen allen eine Ausbildungsmöglichkeit garantieren. Wir wollen durch mehr individuelle Förderung so genannte „Zwangsabstiege“ reduzieren und verzichtbar machen. Wir wollen ein offenes und durchlässiges Bildungssystem, das kein Kind zurücklässt und allen die gleiche Chance eröffnet, ihre Potenziale zu nutzen. Auch durch den Ausbau echter und vor allem kostenfreier Ganztagschulen wollen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen. Es darf nicht sein, dass durch Betreuungsangebote wie den „Pakt für den Nachmittag“ ein Schulgeld durch die Hintertür in Hessen gilt.

Frage 2: Inwiefern planen Sie, sich für eine Modernisierung der Lehrpläne einzusetzen, um Medienkunde sowie die Themen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zu einem festen Bestandteil an Schulen zu machen?

Antworten:

CDU: Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist im vergangenen Jahr als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe im Hessischen Schulgesetz verankert worden. Bereits seit fast 20 Jahren kümmert sich die Initiative Hessische Umweltschulen um die Einbettung von Umweltbildung in den Unterricht. Neben Naturschutz und Artenvielfalt geht es seit vielen Jahren immer stärker auch um Themen der nachhaltigen Entwicklung, indem Schülerinnen und Schüler lernen, welche Folgen die Handlungen jedes einzelnen für die Umwelt haben. Erst im November vergangenen Jahres sind die Hessischen Umweltschulen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und der deutschen UNESCO-Kommission als hervorragende Bildungsinitiative für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet worden. In der Begründung der Jury heißt es u.a., „die hessischen Umweltschulen tragen dazu bei, Nachhaltigkeit besser in der deutschen Bildungslandschaft zu verankern“. Weiterhin ist die Fortbildung von rund 400 Ausbilderinnen und Ausbildern in den Studienseminaren geplant, die die Inhalte des Globalen Lernens künftig als Bildungsinhalte in den Modulveranstaltungen für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst vermitteln werden. Darüber hinaus geht es bei den Aufgaben um die Weiterentwicklung der hessischen Kerncurricula, in denen die Themen der Bildung für nachhaltige Entwicklung und des Orientierungsrahmens auch künftig angemessen berücksichtigt werden sollen. Es geht um



die Weiterentwicklung von Fortbildungskonzepten für Lehrkräfte, die schulische Qualitätsentwicklung und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und außerschulischen Bildungsträgern.

FDP: Wir Freie Demokraten halten es grundsätzlich für erforderlich, die Curricula oder Lehrpläne in regelmäßigen Abständen zu überprüfen und anzupassen. Aber gerade mit Blick auf die oben genannten Themen reicht dies allein nicht aus, sondern vielmehr müssen unseres Erachtens das Bewusstsein dafür geschaffen und die Auseinandersetzung damit gefördert werden. Hier bietet sich fächerübergreifendes und interdisziplinär angelegtes Handeln an, welches sich über die verschiedenen Jahrgänge, Schulformen und Bildungsgänge erstreckt. Selbstverständlich müssen dafür auch entsprechend Angebote im Bereich der Lehreraus- und -fortbildung bereitgestellt werden, so dass eine fundierte Vermittlung und thematische Beschäftigung ermöglicht wird. Darüber hinaus sehen wir in der Selbständigen Schule auch die Chance, dass Schulen mit außerschulischen Partnern Konzepte realisieren, die sich auch diesen Themen widmen und daher wollen wir ihnen die Freiheit geben, bedarfsgerechte Entscheidungen zu treffen.

Das Thema Medienkunde ist unweigerlich mit der Herausforderung der Digitalen Bildung verbunden und deshalb genügt es hier nicht, Lehrpläne oder Curricula anzupassen. Denn Digitale Bildung bedeutet mehr als die Bedienfähigkeit von Smartphone und iPads. Sie bedeutet auch, dass Medienkompetenz und neue Lernmethoden vermittelt werden. In Hessen steht der Kultusminister mit beiden Füßen auf dem Bremspedal und lässt die Schulen in der Kreidezeit. Wir Freie Demokraten sehen die Digitalisierung als Chance und möchten, dass sich die Schulen den Herausforderungen stellen können. Hierfür müssen die technische Infrastruktur (wlan, Tablets etc.) bereitgestellt und vor allem auch aufrechterhalten werden, so dass die Schulen nicht strukturell von der Digitalisierung abgekoppelt sind. Aus diesem Grund wollen wir, dass min. 50 Mio. EUR jährlich aus originären Landesmitteln investiert werden, denn hier darf nicht auf den #digitalpakt des Bundes gewartet werden. Dieser wird nicht einmal ansatzweise ausreichen, um die Bedarfe zu erfüllen. Wir wollen, dass die Kompetenzen vermittelt werden, die dazu beitragen, sich mündig den Problemlagen zu stellen. Deshalb sind auch Veränderungen in der Lehreraus- und -fortbildung unabdingbar. Aber die Chancen der Digitalisierung in der Schule und Aus- und Weiterbildung, in der Hochschulausbildung etc. zu nutzen, bedeutet nicht, dass wir die Lehrerinnen und Lehrer, Dozenten und sonstigen Lehrkräfte ersetzen wollen, sondern dass es ein Zusammenspiel von analoger und digitaler Bildung gibt. Wir benötigen auch hier die Besten der Besten und wollen andererseits die Methoden und Vermittlung erneuern, Bürokratie und Organisationsstrukturen durch cloud und Vernetzung reduzieren und das Selbstlernen als Teil des lebenslangen Lernen fördern.

Die Grünen: In einer sich schnell wandelnden Welt mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen müssen auch die Unterrichtsinhalte und Unterrichtsfächer an unseren Schulen regelmäßig überprüft und angepasst werden. Schüler*innen haben ein Recht



darauf, dass Curricula und Lernmethoden der Lebenswirklichkeit im 21. Jahrhundert angepasst werden, damit sie ausreichend auf die späteren Ansprüche in Ausbildung, Studium und Beruf vorbereitet werden.

Medienkunde: Im Hessischen Schulgesetz ist die informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben verankert (§6 Abs. 4 HSchG). Diese werden in Aufgabengebieten erfasst und fächerübergreifend unterrichtet. Wir wollen, dass Schüler*innen auch in Sachen IT auf der Höhe der Zeit ausgebildet werden. Der Erwerb von Kompetenzen in der Nutzung von digitalen Medien und der IT durch Schüler*innen setzt weiterhin eine gute Ausbildung der Lehrer*innen in diesem Bereich voraus. Die Ausbildung muss laufend den Veränderungen unserer digitalen Welt angepasst werden. Dazu gehört es, dass Entwicklungen wie Digitalisierung und Medienkompetenz einen stärkeren Stellenwert erhalten. Weiterhin wollen wir die Medienzentren vor Ort stärken und in eine Gesamtstrategie einbeziehen, damit sie die Weiterbildung des pädagogischen Personals stärker als bisher leisten können.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit: Uns GRÜNE leitet der Gedanke, dass wir die Erde von unseren Kindern nur geborgt haben. Wenn wir ihnen das Wissen um ökologische Zusammenhänge und deren Zerbrechlichkeit vermitteln, gelingt es ihnen hoffentlich, zukünftig schonender mit unserem Planeten umzugehen. Nur Menschen, die um diese weltweiten Zusammenhänge wissen, können sich bewusst verhalten, bewusst einkaufen, bewusst leben– und am besten lernen sie das schon als Kinder. Diese Inhalte sind deshalb auch ein elementarer Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Die Vermittlung der ökologischen Zusammenhänge ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich daher auch in anderen Schulfächern und während der gesamten Schullaufbahn bis hin zum Abitur wieder. Außerdem wird in naher Zukunft eine Landeskoordinatorin oder ein Landeskoordinator die Vernetzung im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Hessen vertiefen und somit noch weiter vorantreiben. Wir GRÜNEN wollen weiterhin Initiativen, Netzwerke und Projekte, die einen Fokus auf die Bereiche Umwelterziehung, ökologische Bildung und nachhaltige Entwicklung legen, auf ihrem Weg unterstützen und das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung noch weiter stärken.

Die Linke: Auch dies gehört zu den Grundforderungen linker Bildungspolitik. Nachhaltigkeit beispielsweise müsste schon in der Grundschule als Querschnittsthema verankert sein. Medienkunde wird zwar überall gefordert und propagiert, doch es existiert nicht einmal ein Konzept, welches Schulen und vor allem Lehrkräfte fit für dieses Thema macht. Hier ist ganz dringender Handlungsbedarf vorhanden, nicht nur in der Lehrerbildung, sondern auch als Fort- und Weiterbildung, und zwar nicht einmalig sondern regelmäßig.

SPD: Die Auswirkungen von Digitalisierung und Medienentwicklung auf Schülerinnen und Schule, auf die gesamte Schulgemeinde wurde von der derzeitigen Landesregierung noch nicht annähernd begriffen. Wir wollen einen Masterplan für die Digitalisierung in Schule und



Unterricht. Die Vermittlung von Medien- und Digitalisierungskompetenz muss als neuer Lerninhalt für alle Schulformen verankert werden. Notwendig ist es auch, die entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte in Angriff zu nehmen.

Wir wollen die Schulen als Ort des sozialen Miteinanders stärken. Dazu gehören Fragen wie Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Für uns hat die Schule den Auftrag, zu Solidarität, sozialem Bewusstsein und sozialer Interaktion hinzuführen. Wir wollen gesunden und nachhaltigen Konsum stärker in der schulischen und außerschulischen Bildung verankern und in die Lehrpläne aufnehmen. Ein weiteres Ziel ist es, das Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ an den Schulen strukturell und curricular umzusetzen.

8. Arbeitsmarkt – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen?

Die Polarisierung zwischen Alt und Jung auf dem Arbeitsmarkt schreitet voran. Für junge Berufseinsteiger ist eine anständig entlohnte Vollzeitstelle in vielen Branchen eher die Ausnahme als die Regel. Die Debatte um die „Generation Praktikum“, steht nur symptomatisch für die Ausbreitung verwundbarer Beschäftigungsformen unter jungen Berufseinsteigern: Über die Hälfte der jungen Beschäftigten arbeitet zu Niedriglöhnen und zu prekären Bedingungen. Die Leiharbeit hat sich unter jungen Beschäftigten nahezu verdoppelt. Jede zweite Neueinstellung ist nur noch befristet. Nur jeder dritte Jugendliche mit abgeschlossener Ausbildung wird unbefristet übernommen. Junge Beschäftigte haben zudem geringeren rechtlichen Schutz vor Kündigungen und werden schneller entlassen.

Frage: Welche eigenen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten plant Ihre Partei, um die strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem freien Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst zu bekämpfen?

Antworten:

CDU: Der hessische Arbeitsmarkt ist stark. Noch nie bestanden so viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wie heute. Um unser Ziel der Vollbeschäftigung in guter Arbeit zu erreichen, wollen wir möglichst alle Bürger in den Arbeitsmarkt integrieren. Wer hierzu besonderer Unterstützung bedarf, dem werden wir Hilfestellungen geben. In keinem anderen europäischen Land haben junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Talenten und Begabungen dabei bessere berufliche Perspektiven und Karriereaussichten als in Deutschland. Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen ist nicht



nur seit Jahren die mit Abstand niedrigste aller 28 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sondern konnte im vergangenen Jahr auf einen erneuten Tiefstwert von 6,6 Prozent gesenkt werden. Diese beeindruckende Bilanz ist maßgeblich auf das bildungspolitische Leitbild der CDU von der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher Bildung und eines begabungsgerechten und differenzierenden Schulsystems als notwendiger Grundlage zurückzuführen.

Wir wollen im Arbeitsmarkt die Bedingungen schaffen, damit jeder Mensch entsprechend seiner Kompetenzen, Talente und Interessen an der Arbeitswelt teilnehmen kann. Um den Fachkräftebedarf in allen Bereichen zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass sich insbesondere mehr junge Menschen für eine Berufsausbildung entscheiden und die Attraktivität und das Ansehen dieser Abschlüsse in unserer Gesellschaft wieder steigen. Dies wollen wir durch eine Ausbildungskampagne sowie die Aufwertung von Ausbildungsangeboten erreichen.

Dem Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt müssen wir entschlossen und auf allen Ebenen entgegentreten. Wir wollen zeitnah 100.000 neue Fachkräfte für Hessen anwerben. Dafür werden wir das Projekt der sogenannten „PuSch-Klassen“, die Schule und praktische Erfahrungen kombinieren, fortsetzen, um handwerklich begabten Schülern den Zugang zur dualen Ausbildung zu ebnet, Maßnahmen zur Nachqualifizierung Angelernter unterstützen, gezielt qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben. Hierzu werden wir auf Bundesebene ein Fachkräftezuwanderungsgesetz fördern und unterstützen. Wir werden zudem Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen bei dauerhaft anerkannten und berechtigten Ausländern beschleunigen, die sprachliche, betriebliche und berufsschulische Ausbildung von Flüchtlingen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt ausbauen. Hierzu gehört die Fortsetzung der „InteA-Klassen“ sowie des Programms „Wirtschaft integriert“. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse schneller erfolgt und damit zusätzliche Fachkräfte dem hessischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Die vielseitigen Angebote zur Qualifizierung und die Ausbildungsplatzförderung für Schul- und Ausbildungsabbrecher, Altbewerber und Jugendliche mit erhöhtem Sprachförderbedarf werden wir fortführen und auch die Ausbildungsplatzförderung für Hauptschulabsolventen beibehalten und intensivieren, damit diesen jungen Menschen ein Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht wird. Daneben wollen wir benachteiligte Jugendliche weiterhin erfolgreich in den Arbeitsmarkt integrieren und auch hier das Potential der Digitalisierung wie bspw. digitale Lernmethoden nutzen.

Ein weiterer Baustein der hessischen Arbeitsmarktstrategie bildet die Initiative JOBLINGE, welche bürgerschaftliches Engagement zahlreicher Partner aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft bündelt, um benachteiligte Jugendliche auf ihrem Weg in die Arbeitswelt zu unterstützen. In einem sechsmonatigen Programm qualifizieren sich Teilnehmer in der Praxis und erarbeiten sich aus eigener Kraft einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in einem JOBLINGE-Partnerunternehmen. In Hessen haben bereits mehr als 1000 junge Menschen



dank JOBLINGE ihren Weg in Ausbildung oder Arbeit gefunden – dieses Programm werden wir fortsetzen.

Als einen Schritt zur Verbesserung des Überganges von der Schule in die Berufsausbildung hat die Landesregierung zudem die zweistufige „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung (BÜA)“ entwickelt. Ziel ist es, die Jugendlichen bereits nach einem Jahr für den Übergang in eine duale Ausbildung zu qualifizieren. Bestandteil ist auch eine intensive Berufsorientierung.

Mit der landesweiten Strategie „Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit (OloV)“ wird darüber hinaus die Qualität der Zusammenarbeit der regional verantwortlichen Akteure (etwa Kommunen/Landkreise, Schulen, Agenturen für Arbeit, Kammern) bei der Berufsorientierung und dem Berufseinstieg, etwa durch die Anwendung der hessenweit gültigen Qualitätsstandards für die Berufsorientierung oder die Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen, erheblich gesteigert.

Weitere Beispiele für das gemeinsame Wirken der Ausbildungspartner in Hessen sind unter anderem die Entwicklung des Programmes „Stärkung der Ausbildungsfähigkeit und -qualität von Kleinstunternehmen („gut ausbilden“)“ und die Ausweitung des Förderprogrammes „Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Betrieb und Berufsschule (QuaBB)“ auf ganz Hessen. Ebenso wurde im „Bündnis Ausbildung“ vereinbart, dass erstmals in Hessen junge Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung auch ohne Berufserfahrung und Abitur ein Studium aufnehmen können.

Zusätzlich haben wir das Programm Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen zur inklusiven Förderung junger Flüchtlinge um drei Millionen Euro aufgestockt. Jungen Menschen, die gar nicht erst die Berufsberatung aufsuchen oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen abbrechen, können wir damit einzelfallgerecht helfen.

Nicht zuletzt schafft eine funktionierende und innovative Wirtschaft zukunftsfähige Arbeitsplätze und Hessen ist unter CDU-Führung eines der wirtschaftsstärksten Bundesländer in Deutschland. Mit einer erfolgreichen und klugen Standortpolitik wird es uns auch weiterhin gelingen, die ökonomischen und sozialen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, auf Grundlage einer funktionierenden und innovativen Wirtschaft zu bewältigen sowie zukunftsfähige Arbeitsplätze – insbesondere für junge Menschen – zu schaffen.

FDP: Im Jahr 2015 erhielten 42 Prozent der Berufseinsteiger lediglich einen befristeten Vertrag, auch Berufseinsteiger mit akademischen Abschlüssen. Allerdings wurde bereits im selben Jahr etwa die Hälfte dieser befristeten Verträge entfristet.

Es ist nach unserer Auffassung nicht unbedingt negativ zu werten, wenn Berufseinsteiger zum Teil zunächst befristete Arbeitsverträge erhalten. Auch Arbeitsmarktforscher sehen in Befristungen durchaus Vorzüge, wenn sie für junge Menschen als Sprungbrett in unbefristete Arbeitsverhältnisse dienen.



In Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung wird in vielen Branchen hauptsächlich Projekt bezogen gearbeitet und deshalb häufig nur befristet eingestellt. Für junge Menschen ist dies eine Möglichkeit, sich zu bewähren.

Wenn man den Anteil der befristeten Tätigkeiten in den vergangenen 10 Jahren miteinander vergleicht, so zeigt sich, dass er sich über diesen Zeitraum kaum verändert hat und sich bei 7 bis 8 Prozent bewegt. Allerdings hat er sich im Vergleich zu den 90er Jahren fast verdoppelt. Auch der Anteil befristeter Beschäftigungen bei den Berufsanfängern und jungen Menschen liegt über die letzten 10 Jahre relativ konstant um die 43 Prozent. Um die Jahrtausendwende lag er aber noch bei 32 Prozent. Auf recht lange Sicht hat der Anteil der unsicheren Arbeitsverhältnisse in Deutschland also zugenommen.

Problematisch ist die Situation, dies sehen wir natürlich auch, wenn jungen Menschen der Sprung in eine unbefristete Stelle nicht gelingt und sich eine befristete Tätigkeit an eine andere befristete reiht. Die Jobperspektive ist unsicher und damit auch die Lebensplanung, vor allem die Familienplanung.

Dennoch sind wir der Ansicht, dass es nicht sinnvoll wäre, hier weiter regulierend einzugreifen, denn unsere Wirtschaft benötigt durch die globale Vernetzung und die schnelle Taktung der Arbeit aufgrund der Digitalisierung eine gewisse Flexibilität, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Dies wiederum kommt dann allen Arbeitnehmern zu gute.

Unsere Prognose geht darüber hinaus dahin, dass die demografischen Veränderungen dafür sorgen werden, dass die jungen Berufseinsteiger immer mehr zu sehr gefragten Arbeitnehmern werden, die dann zunehmend auch ihre Ansprüche werden durchsetzen können.

Der Übergang vom industriellen ins digitale Zeitalter ist noch nicht abgeschlossen und die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt folglich auch nicht. Daher bleibt in dieser Frage abzuwarten, wie sich die Situation für junge Berufstätige künftig weiter entwickeln wird.

Eines ist dabei in jedem Fall bereits absehbar: schlecht ausgebildete und ungelernete Arbeitskräfte werden es zunehmend schwerer auf dem Arbeitsmarkt haben. Deshalb ist unser Hauptanliegen, jungen Menschen von Anfang an die bestmögliche Bildung zu bieten.

Die Grünen: Jeder fünfte Mensch in Deutschland hat bereits Situationen erlebt, in denen er wegen seines Alters benachteiligt wurde. Das liegt auch daran, dass Ungleichbehandlungen wegen des Alters allzu oft hingenommen werden. Auch jüngere Menschen werden auf ihr Alter reduziert und erleben teilweise diskriminierende Zuschreibungen, wie z.B. ein Mangel an Kenntnissen oder Erfahrung. Wir GRÜNE wenden uns gegen jede Art von Diskriminierung. Deswegen haben wir eine Antidiskriminierungsstelle des Landes geschaffen, an die sich jeder wenden kann, der sich aus rassistischen Gründen oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität diskriminiert fühlt.



Die Linke: Die Deregulierung der Arbeitswelt trifft junge Menschen und Berufseinsteiger/innen besonders hart - "Planungssicherheit" ist heute leider ein Fremdwort geworden. Das ist natürlich insbesondere eine Folge der fatalen Entscheidungen der letzten Bundesregierungen, insbesondere der Hartz-Reformen "Hartz I" bis "IV". Selbstverständlich fordern wir von einer künftigen Landesregierung, sich im Interesse der Menschen im Bundesland Hessen auch auf Bundesebene, z.B. mit Bundesratsinitiativen für einen grundlegenden Kurswechsel einzusetzen, u.a. mit einem Verbot der Leiharbeit (Hartz I) und der Regulierung von Werkverträgen. Außerdem wollen wir den bundesweiten Mindestlohn auf 12 Euro erhöhen. Wir setzen uns ein für eine verkürzte, familiengerechte Wochenarbeitszeit mit 28 – 35 Stunden pro Woche als neue Regelarbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich.

Auf Landesebene können wir die Folgen dieser grundlegend falschen Politik nur abmildern. Wir wollen durch Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Euro jährlich auch zusätzliche Arbeitsplätze in Hessen schaffen. Mit dem Programm soll die Infrastruktur verbessert, Schulen, Krankenhäuser, Sportstätten und Jugendzentren saniert, der öffentliche Nahverkehr ausgebaut und ein Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz geleistet werden. Diese Maßnahmen reduzieren die Erwerbslosigkeit und steigern die Lebensqualität der Menschen.

Wir fordern, dass das Land öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergibt, die nach Tarif zahlen (aber mindestens 12 Euro, die zum Schutz vor Altersarmut notwendig sind), fair einkaufen und ausbilden. Außerdem soll es mehr öffentliche Beschäftigung geben und die Landesbeschäftigten besser behandelt. Alles das soll auf dem Arbeitsmarkt "Druck nach oben" ausüben, auch für die nicht direkt betroffenen Menschen.

SPD: Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung ein. Im Koalitionsvertrag ist ein erster Schritt getan, der durch die von der CDU durchgesetzte Begrenzung auf eine bestimmte Unternehmensgröße u.E. noch nicht ausreichend ist. Daran werden wir weiterarbeiten. Gleichmaßen wollen wir der Ausuferung der Leiharbeit Einhalt gebieten, Wir setzen darauf, dass mittlerweile auch die Unternehmen erkennen, dass man Fachkräfte nicht mit prekären Arbeitsbedingungen gewinnen kann. Dennoch wird es notwendig sein, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, die Befristungen und Leiharbeit begrenzen.

Mit der Einführung des Mindestlohns ist der SPD ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung gelungen. Auch wenn der Betrag noch nicht ausreichend ist, hat er doch für viele Beschäftigte eine deutliche Verbesserung mit sich gebracht.



9. Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft

Eine generationengerechte Landwirtschaft muss vor allem eins sein: Nachhaltig. Nicht nur haben die Konsumenten das Recht, gesunde und natürliche Lebensmittel zu konsumieren, sondern auch zukünftige Generationen haben das Recht, Böden noch genauso bewirtschaften zu können wie wir es heute tun. Der Rückgang der Artenzahl von Insekten – immerhin mehr als 75 Prozent weniger in 27 Jahren – macht deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Frage: Was ist der Ansatz Ihrer Partei, um sicherzustellen, dass die hessische Agrarindustrie unser Land ökologisch nachhaltig bewirtschaftet?

Antworten:

CDU: Die Landwirtschaft in Hessen verdient unsere größte Wertschätzung. Die hessischen Bauern erbringen unverzichtbare Leistungen für unsere Gesellschaft. Neben der Produktion hochwertiger, regionaler Lebensmittel ist die Landwirtschaft auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein essentieller Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Artenschutz. Bäuerliche Betriebe sind ein Teil unserer Kultur und prägen das Leben auf dem Land. Die bäuerliche und kleinräumige Landwirtschaft ist weiterhin unser Leitmotiv, die unsere besondere Unterstützung erfährt. Deshalb setzen wir auf vielfältige, moderne und zukunftsfähige Betriebe, die von breiten und unbürokratischen Unterstützungsangeboten für alle Wirtschaftsformen profitieren.

Mit dem Zukunftspakt Hessische Landwirtschaft ist es uns gelungen, der konventionellen wie der ökologischen Landwirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen und Zukunftschancen in Hessen zu garantieren. Konventionelle und ökologische Landwirtschaft sind nach unserer Überzeugung gleichwertig. Eine besondere Förderung der ökologischen Landwirtschaft ist für uns dort gerechtfertigt, wo Mehraufwendungen zum konkreten Schutz von Umwelt-, Artenschutz, Boden- oder Wasserschutz getätigt werden. Die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung des ökologischen Landbaus wird aus Gründen der Planungssicherheit der Ökolandwirte und zur Sicherstellung einer echten Wahlfreiheit der Betriebe beibehalten.

Durch umfassende und vielseitige Förderangebote im Rahmen der Zweiten Säule der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik wollen wir sicherstellen, dass die vielfältigen Umweltleistungen der Landwirte honoriert werden. Landwirte werden dazu ermuntert, besonders umweltschonend und im Sinne von Tierschutz, Artenschutz, Bodenschutz und Klimaschutz zu wirtschaften.

Niemand hat ein größeres Interesse am Erhalt der natürlichen Ressourcen, eines fruchtbaren Bodens, nachhaltiger Wasservorkommen und einer Verhinderung und



Flächenverlusten, als die Landwirte selbst, die seit jeher in Generationen wirtschaften und auch den Nachkommen auf ihrem Hof eine ertragreiche Produktionsgrundlage hinterlassen möchten. Die Landwirtschaft ist daher nicht Gegner, sondern erster Partner im Ziel eines im klassischen Wortsinne ‚nachhaltigen‘ Umgangs mit den natürlichen Ressourcen. Dies gilt auch und besonders für den Schutz von Insektenvorkommen. Gemeinsam mit der Landwirtschaft wurde im Rahmen von naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen und landwirtschaftlicher Förderung ein besonderer Schwerpunkt auf die Schaffung zusätzlicher Lebensräume für Insekten (insbesondere bestäubende Insekten) gelegt, der durch freiwillige Maßnahmen der Landwirte, wie zum Beispiel die Anlage von Blühstreifen, verstärkt unterstützt wird. Zum Schutz der Böden arbeitet die CDU-geführte Landesregierung zudem daran, den Flächenverbrauch durch ein vielfältiges Maßnahmenbündel auf maximal 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen.

FDP: Wir Freie Demokraten stehen für eine diskriminierungsfreie Förderung der Landwirtschaft. Wir wollen Fairness zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft schaffen und einseitige Bevorzugungen beenden. Die ökologische Landwirtschaft findet einen Markt, wenn der Verbraucher von der Qualität der Produkte überzeugt ist. Der Verbraucher entscheidet aber allein darüber, welche Produkte er kaufen möchte. Einseitige Empfehlungen des Staates sollten daher unterlassen werden. Aufgabe des Staates ist es für die einwandfreie Qualität der Produkte zu sorgen. Zusätzlich wollen wir Freie Demokraten Vermarktungsnetzwerke für regionale Produkte – egal ob konventionell oder biologisch produziert – fördern, um unsere heimische Landwirtschaft zu stärken und regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen.

Auch im Bereich der artgerechten Tierhaltung wollen wir neue Wege gehen. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine tiergerechte Haltung und Ernährung von Nutz- und Haustieren ein. Das Tier selbst muss dabei im Mittelpunkt der Bemühungen stehen. Wir sehen es deshalb als Aufgabe der Wissenschaft an, für jede Tierart spezifische Indikatoren für Tiergerechtigkeit zu entwickeln, um objektiv überprüfbare Kennzahlen für die Tierhalter und Veterinäre bzw. Zertifizierter zu erhalten.

Im Hinblick auf das Tierwohl notwendige Verbesserungen in der Nutztierhaltung wollen wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Bauliche Änderungen, die zu solchen Verbesserungen führen, müssen baurechtlich vorrangig genehmigungsfähig sein. Starre ordnungsrechtliche Vorgaben überfordern hingegen vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe.

Große Chancen sehen wir in der Nutzung von digitalen Daten für die Präzisionslandwirtschaft: Der Einsatz von Sensoren, Drohnen- oder Satellitendaten, die Verknüpfung von Ertragskarten, Wetterprognosen und Bodenanalysen können die Effizienz im Pflanzenbau erheblich steigern.

Insekten sind ein wichtiger Bestandteil stabiler Ökosysteme und Grundlage für eine lebenswerte Umgebung und Bewirtschaftung. Bisherige Studien, die sich mit einem



Insektenschwund befasst haben, weisen erhebliche wissenschaftliche Ungenauigkeiten auf. Dennoch gibt es Hinweise auf einen Rückgang der Insektenpopulation. Um sachgerechte Lösungen zu ermöglichen, treten die Freien Demokraten für eine gezielte und wissenschaftlich fundierte Forschung zum tatsächlichen Ausmaß und möglichen Ursachen des Insektenrückgangs ein. Die Freien Demokraten möchten zielgerichtete Maßnahmen wie eine Förderung von Blühwiesen ermöglichen. Moderner Pflanzenschutz ist hingegen unverzichtbar, um qualitativ hochwertige Ernteprodukte zu sichern. Wir wollen die gute fachliche Praxis beim Einsatz moderner Wirkstoffe stärken und präzise Ausbringtechniken fördern, um unerwünschte Austräge zu minimieren.

Die Grünen: Wir wollen den ökologischen Landbau als nachhaltigste aller Bewirtschaftungsformen weiterhin besonders fördern und bis 2025 die Ökolandbauflächen durch gezielte Förderung auf 25 Prozent erhöhen. Die Einrichtung von Ökomodellregionen wollen wir fortsetzen und erreichen, dass künftig ganz Hessen zur ersten Ökomodellregion Deutschlands wird. Darüber hinaus soll die Förderung der Vermarktung hessischer Bio-Produkte und Spezialitäten ausgebaut werden. Wir wollen Kommunen und Regionen fördern, die Biokommune werden wollen. Die hessischen Staatsdomänen sollen als Vorbildbetriebe fungieren und Ökobetriebe bevorzugt werden. Daher wollen wir dies in den Ausschreibungen besonders berücksichtigen.

Wir werden darüber hinaus eine Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft für ganz Hessen erarbeiten. Unabhängig davon, ob ein Betrieb sich ökologisch oder konventionell ausrichtet, soll es gezielte Förderung und Angebote für eine nachhaltige Landwirtschaft geben. Als politische Leitlinie gilt für uns: Die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft in Hessen soll erhalten und unterstützt werden. Dazu gehört es auch, die Direktvermarktung regionaler Lebensmittel zu fördern.

Mit dem Agrarumweltprogramm HALM haben wir zudem schon Anreize für Naturschutzmaßnahmen in der Landwirtschaft entwickelt, sodass in unserer Kulturlandschaft bereits mehr blühende, insektenreiche Landschaften entstehen. Wir wollen diese bereits existierenden Angebote ausbauen und ergänzen. Dabei wollen wir auch die erfolgreiche Initiative „Bienenfreundliches Hessen“ fortsetzen und die Förderung weiterhin attraktiv gestalten.

Wir wollen uns darüber hinaus auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass deutlich weniger Insektizide eingesetzt werden und durchsetzen, dass Glyphosat und Neonikotinoide untersagt werden. Europa- und bundesweit setzen wir uns daher für ein Verbot von schädlichen Neonikotinoiden und Glyphosat zum Schutz von Boden, Grundwasser, Biodiversität und menschlicher Gesundheit ein.

Die Linke: Die Landwirtschaft in Hessen ist noch von Kleinen und Kleinstbetrieben und nicht durch die „Agrarindustrie“ – wie in der Fragestellung angenommen – dominiert. DIE



LINKE setzt sich für den Erhalt der so genannten bäuerlichen Landwirtschaft in Hessen und der Ökologisierung und partiellen Extensivierung der Land und Forstwirtschaft ein.

Den Verlust der Vielfalt an Arten und ökologischen Gefügen (Biodiversität) zu stoppen sowie die Anpassung an den Klimawandel und Robustheit des Landbaus gegenüber den Klimawandel, kann nur durch eine Ökologisierung der Landwirtschaft gelingen. Die entscheidenden Hebel dafür liegen aber nicht in Hessen, sondern in der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Die LINKE setzt sich auf europäische und Bundesebenen dafür ein, dass Subventionen nur noch für gemeinwohlorientierte ökologische und soziale Leistungen in der Landwirtschaft und nicht nach Betriebsgröße oder Produktivität gegeben werden. Siehe dazu das Positionspapier unserer Bundestagsfraktion [„Für eine gemeinwohlorientierte Agrarpolitik ab 2020 in den ländlichen Räumen“](#).

SPD: Die Neuausrichtung der Landwirtschaft muss sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch rentabel aufgestellt werden. Dies ist nur möglich, wenn wir gemeinsam mit der Landwirtschaft die Zukunft gestalten. Wir wollen eine nachhaltige Landbewirtschaftung, die in der Lage ist, unsere Kulturlandschaft und eine vielfältige Biodiversität für die nächsten Generationen zu erhalten. Wir werden die Landwirtschaft dabei unterstützen, die Grünlandbewirtschaftung aufrecht zu erhalten und Bewirtschaftungsmethoden, die zu mehr Artenvielfalt im Grünland führen, gezielt, verstärkt, auskömmlich und verlässlich fördern.

Die SPD unterstützt die Förderungen des Ökolandbaus in Hessen. Den Ökomodellregionen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln ab.